

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Bedingungen**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne  
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gerichtliche Anzeigen  
 und Verfammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Wittwoch, den 6. August 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Die Lage des ruthenischen Landvolkes in Ostgalizien.

Krakau, Anfang August. (Fig. Ver.)

Alle Welt weiß: das Kronland Galizien ist sehr arm. Ein allmächtiger, auf das fadenfädenartige moderne geschminkte Feudalismus, der weder ein gesundes Bauerntum, noch ein modernes Verkehrsweesen, noch eine moderne Industrie aufkommen läßt; Junkertum und Akerus gemeinsam am Werk, um die Volksbildung auf einem möglichst niedrigen Niveau zu erhalten; stetiger starker Geburtenüberschuß und fortgesetzte massenhafte Auswanderung, oder vielmehr ein Abfließen der Bevölkerung nach allen Seiten hin unter dem unwiderstehlichen Druck der Not, wie das Wasser aus einem zusammengepreßten Schwamm abfließt: das ist das Gesamtbild.

Und innerhalb dieses armen Kronlandes ist das ruthenische Ostgalizien der ärmere Teil, dünner bevölkert, rüchändiger und feudaler. In ihren Grundzügen zwar ist die Agrarverfassung (und diese ist vor allem maßgebend, da in Galizien) von insgesamt 3 800 307 berufstätigen Personen 3 195 144 in der Landwirtschaft tätig sind) im polnischen Westen und im ruthenischen Osten die gleiche. Man hat den Bauern 1848 „befreit“, aber den Löwenanteil des Grundbesitzes behielt der Junker für sich, die Kosten der Ablösung trug zur einen Hälfte von Rechts wegen der Bauer, zur andern Hälfte tatsächlich auch der Bauer; das den Bauern unentbehrliche Wald- und Weideland blieb Eigentum des Junkers, der Bauer erhielt nur ein beschränktes Pflanzrecht (Servitut) darauf zugesprochen und wurde früher oder später auch um dieses Servitut betrogen. Dabei sind die Gutsbezüge, wie in Ostgalizien, gesonderte Verwaltungseinheiten; neben 6240 ländlichen und kleinen städtischen Gemeinden\*) stehen im Ostgalizien 5384 Gutsbezirke selbständig da. Auch eine Gesinde-Ordnung mit „mäßigen Nichtigkeitsrecht“ ist vorhanden, wenn sie auch vor der ostgalizischen den großen Vorrang hat, sich nur auf das eigentliche Hofgesinde zu beziehen, keineswegs auf die im Tag- oder Wochenlohn stehenden Arbeiter. Andererseits aber fällt sehr schwer ins Gewicht, daß bei dem fast gänzlichen Mangel an Industrie den Bauernfamilien kein anderer Weg zur Versorgung ihrer jüngeren Kinder übrig blieb, als eine immer weiter getriebene Veredelung des Großgrundbesitzes; und da sich die Bauerngüter von vornherein in Gemengelage (Zersplitterung der Herden eines Besitzers über die Feldmark) befanden, eine Zusammenlegung aber nicht vorgenommen wurde (die Bauern wußten nur zu gut, daß eine solche für den allmächtigen Junker nur eine neue Gelegenheit gewesen wäre, die Bauern übers Ohr zu hauen), so ist der bäuerliche Grundbesitz nachgerade zu einem feingehackten Mosaik von Landstücken entartet. Der einzelne Bauer besitzt nicht selten ein Dutzend solcher weit auseinander liegender Fleckchen, die ihn zwingen, den besten Teil seiner Arbeitskraft auf umhiesiges Hin- und Herfahren zu verwenden. Dazu kommt, daß die Junker auch auf das Steuernwesen einen maßgebenden Einfluß ausüben, selbstverständlich zu Ungunsten der Bauern, und daß der Mangel einer genossenschaftlichen Organisation der Kredit\*) die Bauern vielfach dem schlimmsten Wucher ausliefert. Unter solchen Umständen darf es nicht wundern, daß es in Ostgalizien im Jahre 1890 neben 642 275 selbständigen Landwirten (die Gutsbesitzer und Gutspächter miteingerechnet) in der Landwirtschaft schon 2 144 446 Arbeiter und 201 726 Tagelöhner nebst einer 14 941 Köpfe starken „Hauddienerschaft“ gab, also 2 371 113 reine Proletarier, die 6677 „Angestellten“ nicht mitgezählt.) Es ist aber nach dem vorhin Gesagten einleuchtend, daß auch der größte Teil der bäuerlichen Grundbesitzer auf Lohnarbeit angewiesen ist. Der einzige erreichbare Arbeitgeber ist aber in der Regel der Junker oder der Rittergutsbesitzer; folglich diktiert er die Löhne.

Alle diese Grundbedingungen hat, wie gesagt, das ruthenische Ostgalizien mit dem polnischen Westgalizien gemeinsam; trotzdem ist Ostgalizien merklich schlechter daran. Zunächst hat der ruthenische Bauer bei der schließlichen Regelung der Wald- und Weiderechte ungünstiger abgekommen; die Zahl der Servitutprozesse, welche die Bauern gegen die Junker führen mußten und gewöhnlich verloren, war in Ostgalizien viel größer. Dabei ist der Mangel fast jeglicher Industrie noch stärker ausgesprochen, das Aufsuchen lohnender Arbeitsmärkte außerhalb der Landesgrenzen ist mit viel größeren räumlichen Schwierigkeiten verbunden. Auch die Zahl der Analphabeten ist in Ostgalizien größer, und allgemein wird der ruthenische Bauer als der langsamere und schlechtere Arbeiter geschätzt. Die Arbeitslöhne sind in Ostgalizien ganz wesentlich niedriger.

Zu beachten ist ferner, daß in Ostgalizien der Klassengegensatz zwischen Junker und Bauer in der Regel durch nationale und religiöse Gegensätze verstärkt wird. Abgesehen von den zahlreich über das Land verstreuten polnischen Kolonistenhöfen sowie von den deutschen Kolonien ist in Ostgalizien der Bauer Ruthene und griechisch-katholischer Christ, der Junker Pole und römischer Katholik, sein Pächter sehr häufig ein Jude. Daß hierdurch das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter nicht gemühter wird, versteht sich von selbst; daß insbesondere die nationale Fremdenherrschaft des polnischen Adels die rechtliche und politische Stellung des ruthenischen Bauern verschlechtert und ihm die Ausübung seiner ohnedies kümmerlichen politischen Rechte erschwert, ist gleichfalls selbstverständlich. Aber diese Sachlage hat auch ihre gute Seite: sie erleichtert den ruthenischen Volksmännern, Radikalen wie Socialdemokraten, die Agitation unter dem Landvolk. Wie für den irischen Bauern der „Sache“, so ist für den ruthenischen Bauern der „Lach“ (polnische Edelmann) von vornherein schon der Erbfeind; es kommt nur auf die eigene Befähigung und Einnicht der Agitatoren an, inwiefern er in diese

traditionelle Form einen modernen wirtschaftlichen Inhalt zu gießen weiß. Auch die Zugehörigkeit der ruthenischen Bauern zur griechisch-katholischen Kirche wirkt agitatorisch eher günstig. Der westgalizische Farmer ist Kolibatar, der ruthenische Bauer hebratet, zeugt Kinder und leidet unter Familienjorgen; in seiner ganzen Lebensführung steht er dem Bauern viel näher, und eben deshalb imponiert er ihm viel weniger. Andererseits gerät der ruthenische Bauer auch viel leichter in eine Art Oppositionsstellung zum Junker, der nicht seines Glaubens ist und nicht in seine Kirche kommt. Vor allem aber macht sich der Bauer dadurch um die Revolutionierung der Gebirne hochverdient, daß er den „popowicz“ (Popensohn) in die Welt setzt, in der Regel einen jungen Mann von geringem Einkommen, aber ziemlich hohen intellektuellen Ansprüchen — den geborenen Oppositionsmann. Letzterer trifft um so mehr zu, als sehr viele Popensöhne akademische Bildung erwerben, trotzdem aber um ihrer Rationalität willen in ihrer ganzen Laufbahn benachteiligt bleiben.

All diese Momente machen die relativ frühzeitige Bildung und rasche Ausbreitung der ruthenischen Oppositionsparteien erklärlich. Die „Rustalophiten“ (jarenfreundliche Ruthenen) rechne ich nicht dazu; trotz ihres oppositionellen Gehirns sind sie im Grunde durchaus reaktionär und erweisen sich in der Praxis einerseits als mehr oder minder unbedeutende Agenten der kaiserlich-russischen Regierung, andererseits als Schutztruppe der Ausbeuter ohne Ansehen der Nation. Wohl aber ist hier, historisch genommen, an erster Stelle die 1892 gegründete ruthenische radikalere Partei zu nennen. Ihre Gründer (Jwan Franko, Pawlik, Severin Danilowicz) waren mit den Ideen des Socialismus wohlvertraut; ihr Programm enthielt, neben einer starken Betonung des nationalen Moments, sehr vernünftige agrar-socialistische Forderungen. Seitdem ist die radikalere Partei stark zusammengeschlossen; ihr rechter Flügel ist in rein nationalrussisches Fahrwasser abgelenkt, aus ihrem linken Flügel ist die ruthenische Socialdemokratie in Oesterreich entstanden, die bekanntlich ein Glied der österreichischen Gesamtpartei bildet und 1897—1901 in der Person des Genossen Jaroszewicz einen Vertreter im Reichsrat besaß.

Die Wahlen von 1901 haben die Hoffnungen der ruthenischen Oppositionsparteien nicht erfüllt; deshalb nicht, weil sie gefächelt wurden. Diese systematische Fälschung der Wahlen durch das Junkertum gehört eben auch zum Feudalismus; und das Stimmwahlrecht nebst den indirekten Wahlen (mit Ausnahme von Krakau und Lemberg wird in Ostgalizien auch in der fünften Kurie indirekt gewählt) bietet hierzu die allerbequemsten Handhaben. Und doch ist Ostgalizien noch der relativ freieste Teil des ruthenisch-ukrainischen Sprachgebietes; drüben, in Rußisch-Ukraine (Klein-Rußland) existiert noch nicht einmal ein verfassertes Konstitutionsgesetz, jedes Wort der Volkssprache ist in Amt und Schule streng verboten, jede Regung des Klassenkampfes wird als Verbrechen geahndet. So stand denn der politischen Energie der ruthenischen Volksmänner kaum ein anderer Ausweg offen, als der ökonomische Kampf in Ostgalizien in Gestalt der Schnitterstreik — ein langgehegter Gedanke, der nun endlich zur That geworden ist.

So kommt es, daß das Signal zum Kampfe des galizischen Landvolkes gegen den Feudalismus diesmal von Ostgalizien ausgeht. So schwere Opfer die Streiks kosten, soviel Elend und soviel Unwissenheit auch bei den Berichten aus dem Streikgebiet an den Tag kommt, so entschlossen die Bauern unter dem Wägen losgelassener Genossen zu leiden haben: die Opfer fallen nicht umsonst. Eine Siegesnachricht jagt die andre, und ganz wird es der Reaktion wohl nicht gelingen, diese Erfolge rückgängig zu machen. Von jenen Orten aus, wo teils Ruthenisch-Nationalen und Ruthenisch-Radikale, teils unre ruthenischen Genossen seit Jahren systematisch agitieren haben, hat sich die Bewegung binnen wenigen Wochen auch nach solchen Gegenden verbreitet, wo bisher noch gar keine Agitation Wurzel gefaßt hatte.

Wir polnischen Socialisten verfolgen die Kämpfe und Leiden unre ruthenischen Brüder mit der allerwärmsten Sympathie. Und wir freuen uns, daß Tausende von polnischen Kolonistenbauern mitstreifen.

### Politische Uebersicht.

Verku, den 5. August.

#### Freisinnige Zollwucherhilfe.

Optimisten, die das Parthide Schellengellinzel als Sturmlochengeläut hörten, haben den Kampf gegen den Zolltarif als ein Anzeichen der Annäherung des „demokratischen Bürgerturns“ an die Socialdemokratie betrachtet und haben große Hoffnungen auf diese Kampfesbrüderschaft gesetzt.

Die Thatsachen haben schnell auch diese Illusionen rauch und rüchichtslos zerblasen. Man hätte es eigentlich für unmöglich halten sollen, daß gerade bei dieser Gelegenheit der unversöhnliche Zwiwspalt sich in seiner Arakheit offenbarte; denn der principielle Freihandel, dieser einzige heil gebliebene Grundfay des „demokratischen Bürgerturns“ — denn das nackte Interesse verpflichtet hier zur Principien-treue — hätte für die Hilfeleistung der weder auf Freihandel noch auf Schutz Zoll eingeschworenen Socialdemokratie tatsächlich waffenbrüderliche Empfehlungen veranlassen müssen.

In Wirklichkeit ist der Hah des „demokratischen Bürgerturns“ so stark, daß das Unglaubliche geschah und man lieber auch den Freihandel abschwor, als in die rote Röhre zu geraten. Zu Remel und Bayreuth haben die Freisinnigen gegenüber den Socialdemokraten Zollwucherer in den Reichstag verabschiedet. Die „Freisinnige Ptg“ wurde nicht müde, die principielle Haltung der Socialdemokraten in der Zollkommission, die von Rechts wegen in erster Linie der Freisinn hätte einnehmen müssen, als Schablonentatiz zu verurteilen. Zu- lezt, um den Schluß aus den vorhergehenden Verrätereien zu ziehen, hat man, wie wir schon berichtet haben, in Forchheim-Stalmbach für die bevorstehende Reichstags-Ergebniswahl auf eine eigene Kandidatur verzichtet und Vereitwilligkeit ausgesprochen, gleich in der Hauptwahl für den — national-liberalen Vertreter der zollwucherischen Regierungsvorlage einzutreten. Das ist der Fortschritt gegen Remel und Bayreuth: Man erklärt sich jetzt gleich in der Hauptwahl für den Wucherzoll.

Mit Recht höhnt die „Kreuz-Zeitung“:  
 Wir haben darauf hingewiesen, daß der Aufruf des liberalen Wahlkomitees sich klipp und klar für die Zollvorlage der Reichsregierung ausdrückt und damit die freisinnigen Deherren gegen den Tarifentwurf, auf Grund dessen der Abschluß langfristiger Handelsverträge ja ganz unmöglich sein soll, aufs gründlichste Lügen krast. Da auch, soweit wir sehen, die freisinnige Presse gegen das Vorgehen ihrer fränkischen Parteigenossen keine Einwendungen gemacht hat, so eröffnen sich in der That für das Zustandekommen des Zolltarifes ganz unerwartet günstige Aussichten.

In demselben Sinne wie der Wahlaufruf hat sich nun auf einer Wählerversammlung auch der Kandidat, Fabrikant Faber, über den Postariz der Regierung geäußert. Er mahnt alle liberalen Wähler zum friedlichen Zusammengehen. Auch ein anderer Redner trat energisch für den Regierungsentwurf ein. Von freisinniger Seite wurde gegen diese Aeußerungen nicht der geringste Widerspruch geltend gemacht, im Gegenteil wurde das Einverständnis der ganzen Verammlung von dem Vortragenden ausdrücklich festgestellt und zugleich der von freisinniger Seite kundgegebene Wunsch laut, es möchten Mittel und Wege gefunden werden, um ein allgemeines Zusammengehen der beiden liberalen Parteien bei künftigen Wahlen zu ermöglichen.

Ebenso die „Berliner Neuesten Nachrichten“:  
 Und darum Räuber und Mörder! Hat darum die freisinnige Parteileitung über den „Wucherariz“, über die schändliche Ausbeutung durch Verteuerung des Lebensunterhaltes usw. maßlos seit Jahren geschrien und geheult, hat darum der freihändlerische „Handelsvertrags-Verein“ Vahern besonders bearbeitet, um nun zu erleben, daß nicht bloß bei einer einzelnen Wahl die Freisinnigen den national-liberalen Schutzvauer unterfütigen und dem freihändlerischen Dogma ins Gesicht schlagen, sondern sogar ein allgemeines Bündnis in Aussicht nehmen!

Kein freisinniges Blatt hat bisher dies freisinnige Zollwucher-Kartell mißbilligt. Im Gegenteil; die „Vossische Zeitung“ begrüßt die Meldung, daß bei den kommenden Wahlen die beiden liberalen Parteien — unter der Flagge des Zollwuchers — zusammengehen würden und fügt hinzu: „Offenlich lehrt die Not der Zeit die Liberalen überall, sich gegen die Konservativen (in Forchheim handelt es sich nicht um Konervative, Red.) und Socialdemokraten eng aneinander zu schließen.“

So steht also das Kartell der Linken aus, so die Annäherung des „demokratischen Bürgerturns“ an die Socialdemokratie!  
 Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß bei den nächsten Wahlen das „demokratische Bürgerturn“ — trotz des Zollwuchers — mit der übrigen reaktionären Stippstift zusammengehen wird. Sochen zeigt die Zukunft der bürgerlichen Partei-Entwicklung, die deutlich nach rechts, nicht nach links strebt.

### Zur Technik der preussischen Wahlen.

Am Sonntag gaben wir die Klagen wieder, die ein bürgerlicher Schriftsteller über die ungebührlich lange Dauer der Wahlverhandlungen brachte, aus denen die preussischen Landtags-Abgeordneten hervorgehen. Die für diese Wahlen durch die Wahlmänner erforderliche Zeit wird aber bei den nächsten Landtagswahlen durch die Beteiligung der Socialdemokraten ins Ungemessene steigen, so daß die Wahlen in einer großen Anzahl von Kreisen völlig unmöglich gemacht werden. Hierzu wird es bei der übergroßen Zahl von Wahlmännern, wie bereits früher nachgewiesen, völlig ausreichen, daß eine kleine Schar socialdemokratischer Wahlmänner mit peinlicher Sorgfalt darauf achtet, daß die gesetzlichen Vorschriften mit aller Strenge inne gehalten werden; überdies wird jeder socialdemokratische Wahlmann von der Befugnis Gebrauch machen, den Namen des von ihm Gewählten eigenhändig in das Protokoll einzutragen. Eine weitere Verzögerung des Wahlgeschäfts werden aber die vorzunehmenden Stichwahlen verursachen, deren Zahl sich durch die Teilnahme einer neuen Partei ganz erheblich vermehren wird. Nun ist die für die preussischen Abgeordneten vorgeschriebene Methode der Stichwahlen außerordentlich umständlich. Ist im ersten Wahlgang absolute Majorität nicht erreicht worden, so beginnt die Wahl von neuem zwischen sämtlichen bisherigen Kandidaten (mit Ausnahme derjenigen, die etwa im ersten Wahlgang nur eine Stimme erhalten haben); ist wieder absolute Majorität nicht erreicht, so beginnt die Wahlhandlung von neuem, indem nur derjenige Kandidat fortgelassen wird, der die wenigsten Stimmen erhielt, und so fort, bis endlich die Wahl zwischen zwei Kandidaten steht, so daß die Entscheidung fallen muß. Unfre Genossen in Altona haben es durch ihre Wahlbeteiligung 1898 bereits erreicht, daß der Abgeordnete Mohr erst nach dem vierten Wahlgang als gewählt proklamiert werden konnte. Laut amtlichen Berichts spielte sich die Wahl folgendermaßen ab:

Nr. des Wahlganges	Zahl der stimmend. Wahlmänn.	absol. Major.	Mohr	Es erhielten:		
				Mollen- buhr	Volkers	Fischbed
1	466	247	215	139	94	85
2	457	244	221	1	84	181
3	475	238	217	—	77	181
4	455	228	257	—	—	198

Weshalb unre Genossen im zweiten Wahlgang für den freisinnigen Fischbed stimmten, ist hier nicht zu untersuchen. Hätten sie wieder für Mollenbuhr gestimmt, so wäre beim dritten Wahlgang Fischbed ausgefallen und Mollenbuhr geblieben — am Endergebnis wäre nichts geändert worden. Erwägt man nun, daß die größeren Wahlkreise zwei oder gar drei Abgeordnete zu wählen haben und daß jeder Einzelne

\*) Laut Volkszählung von 1890.  
 \*) Krakau und Lemberg sind Stadtgemeinden mit eigenem Statut.  
 \*) In ganz Galizien gab es Ende 1890 nur 12 Reichstags-Deputierten mit 4335 Mitgliedern, gegen 133 Reichstags-Deputierte mit 8008 Mitgliedern in Währen, 180 Klassen mit 10 370 Mitgliedern in Böhmen und 353 Klassen mit 27 734 Mitgliedern in Niederösterreich.  
 \*) Als besondere Kategorien gelten die „Angehörigen ohne eigenen Hauptberuf“, sie machen 1 903 285 Seelen aus; dadurch steigt die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf 5 118 870 Köpfe.

nach dem gleichen Verfahren zu wählen ist, so kann man sich ein Bild von dem machen, was 1903 bevorsteht.

Aber hiermit ist keineswegs alles erschöpft. Die Anzahl der Wahlmänner bestimmt sich nach der durch die letzte Volkszählung festgelegten Seelenzahl. Die Wahlen von 1898 beruhten auf der Volkszählung von 1895, denen von 1903 wird die Volkszählung von 1900 zu Grunde liegen. In den 5 Jahren von 1895—1900 hat aber gerade die Industriebevölkerung einen außerordentlich großen Zuwachs erfahren. Aus der Zahl der Wahlmänner im Jahre 1898 und den Einwohnerzahlen der einzelnen Kreise für 1895 und 1900 läßt sich nun einfach die Zahl der Wahlmänner für 1903 berechnen. Wir haben diese Rechnung ausgeführt und teilen für die vollreicheren Wahlkreise das Ergebnis mit. Wir wollen annehmen, daß die Schwierigkeiten der Wahl erst bei einer Zahl von Wahlmännern beginnt, die 600 übersteigt; nach der ursprünglichen Wahlkreiseinteilung hatten selbst die größten Wahlkreise weniger als 600 Wahlmänner. Es werden 1903 haben:

600—700 Wahlmänner	12	Wahlkr. mit	26	Abg.
700—800	10	"	24	"
800—900	7	"	17	"
900—1000	3	"	5	"
1000—1100	1	"	3	"
1100—1200	5	"	13	"
1200—1300	1	"	3	"
1300—1400	1	"	2	"
1400—1500	3	"	7	"
2000—2500	2	"	5	"
2500—3000	3	"	8	"
3540	1	"	3	"

Ueber 600—3540 Wahlmänner werden haben 48 Wahlkr. mit 116 Abg.

Da das Abgeordnetenhaus 433 Mitglieder zählt, kann man sagen, daß die Wahl von mehr als ein Viertel aller Abgeordneten mit den größten Schwierigkeiten verbunden, daß die Wahl eines sehr beträchtlichen Prozentsatzes unmöglich sein wird.

Wir sind gespannt, wie die preussische Regierung die Blamage tragen wird, die ein solches Ergebnis mit sich bringen muß, zumal dieses Ergebnis die Folge davon sein wird, daß die als gesetzverachtend verschrieene Socialdemokratie ihrerseits auf strenger Durchführung der gesetzlichen Wahlvorschriften besteht und alle Umgehungen des Gesetzes verhindert, die bisher nach offiziellem Geständnis in den größeren Kreisen bei den Wahlen vorkamen. Die Blamage der Regierung wird um so größer sein, als die Socialdemokratie ihre Pläne in der loyalsten Weise zu einem sehr frühen Zeitpunkt bekannt gab.

Es ist ein höchst beachtenswertes Zeichen unserer Verhältnisse, daß nicht längst höhere Verwaltungsbeamte gegenüber den im Lauf der Zeit völlig unhaltbar gewordenen Zuständen ihre warnende Stimme erhoben haben. Unsere Bureaucratie beugt sich eben bis in ihre höchsten Spitzen dem Willen der Junker. Diese sind es, die in dem „elendesten aller Wahlsysteme“ ein letztes sicheres Bollwerk erblicken. Die zielbewußte Beteiligung der Socialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen von 1903 wird dieser Wirtschaft ein Ende bereiten, ein Ende mit Schrecken — und mit Lachen!

### Deutsches Reich.

#### Die Russifizierung der deutschen Universitäten.

Es wäre verfehlt, den Simplicitas-Artikel der Kieler Professorenorganisation als eine vereinzelte Ausnahme zu betrachten. Daß in Kiel ein Student gemahregelt wurde, weil er in einem socialdemokratischen Blatt gegen einen Angriff auf die akademische Freiheit protestiert hatte, beruht auf scheinbar nicht auf einer ausnahmsweise russischen reaktionären Gesinnung, sondern auf einem allgemeinen Brauch preussischer Universitäten, der, sofern er nicht direkt auf eine ministerielle Anordnung zurückzuführen ist, auf der freiwilligen Strecksichtigkeit der akademischen Reaktion beruht. Wie einst in der Demagogiezeit die Studenten gehetzt und gepeinigt wurden, die im Verdacht standen, für die deutsche Einheit zu wirken, so werden jetzt die jungen Leute geächtet, die mit irgendwie einen noch so losen Zusammenhang mit socialistischen Ideen und Personen verraten. Freilich besteht der Unterschied zwischen einst und jetzt, daß es heute nur eine winzige Zahl von Idealisten giebt, die den herrschenden Mann eines eifrigsten Strebertums, eines kriechenden Servilismus oder einer öden Indifferenz zu brechen wagen. Wer es aber dennoch thut — wehe ihm. Nicht nur in Kiel, sondern auch in Berlin wacht der verschleimte Polizeigeist des seligen Retternich.

Die Auflösung des socialwissenschaftlichen studentischen Vereins in Berlin bewies schon, daß der Wind aus Sibirien weht. Aber es ist uns auch ein Berliner Vorgang bekannt, der den Kieler Rekord beinahe schlägt:

Vor etwa einem Jahr veröffentlichte ein Berliner Student in der „Berliner Hochschul-Zeitung“ einen Artikel: „Wo bleibt die deutsche Studentenschaft“, in dem die deutschen Studenten aufgefodert wurden, Kampf mit dem Verbrecher verüben, da wurde der Schüler vor den Universitätsrat citiert. — Als strafverfärbend bezeichnete es der Universitätsrat Daube, daß sich — der „Vorwärts“ der Sache bemächtigt und — wörtlich — „einen Speech daran geknüpft habe“.

Der Student kam allen Belästigungen zuvor und machte sich von der akademischen „Freiheit“ schlüssig frei!

Die Verände, die einst von „hochverräterischen“ Studenten im Dienste der nationalen Einheit auf dem Wartburgfest verbrannt wurde, ist längst wieder hergestellt und glänzt üppig. —

#### Die russische Regierung und die Brüsseler Juckerkonvention.

Zu dem Droh-Artikel des Herrn v. Witte im „Wesnik Finanzow“ meinte vor einigen Tagen der Petersburger „Derold“: „Es ist richtig, daß der Finanzminister bereits kurzer Hand einen Juckkrieg mit den Vereinigten Staaten begonnen hat, aber da selbst russische Fachblätter in der Keckheitsberühmung für angeführten russischen Jucker eine verstaubte Prämie erblicken, so werden die an der Brüsseler Konferenz beteiligten Staaten schwerlich durch die Notizen des russischen Finanzministers von ihrer Ansicht abbringen sein, daß der russische Juckerexport prämiert wird. Diese Mächte werden einfach denken, daß selbst Herr v. Witte zögern wird, sich mit etwa einem Duzend Staaten in einen Juckkrieg einzulassen, und dies um so mehr, als in den letzten deutschen Kreisen die feste Ueberzeugung herrscht, daß das russische Finanzministerium nicht die genübenden Wahregeln getroffen hat, um auch nur mit Deutschland allein einen Juckkrieg zu wagen. Ob diese Ansicht richtig ist oder nicht, können wir nicht wissen, aber sie besteht, und dies genügt, daß das Ausland es ruhig auf die Probe eines Juckkrieges wird antworten lassen.“

Rechnlich äußert sich jetzt der in Kiow erscheinende „Kiewskanin“, der enge Beziehungen zu den sibirischen Grobindustriellen unterhält. Nachdem er zugefanden hat, daß thatsächlich das russische Verbrauchsnormierungssystem eine verstaubte Juckerprämie in sich schließt, fährt er fort: „Unter solchen Bedingungen können keine Erklärungen und Noten des Finanzministeriums die Lage der Frage ändern oder zu irgend einem Uebereinkommen führen.“

Rußland führt so wenig verarbeitete Produkte aus, während seine Zahlungsüberschüsse im Auslande derart bedeutend sind, daß wir jeden sich ums bietenden Zufall benutzen müssen, um unser Export zu entwickeln, und namentlich den Export eines wertvollen und rentablen Produktes wie Jucker. Während nun die Brüsseler Juckerkonferenz bestrebt ist, alle Hindernisse zu einer normalen Entwicklung des Juckerhandels zu beseitigen, und uns die Thüren zu einer gesunden Konkurrenz auf dem Weltmarkt öffnet, versuchen wir diese Thüren zu schließen, um ein künstliches Regime im Interesse einer gewissen Gruppe unserer Fabrikanten beizubehalten. Das sind so einfache Wahrheiten, daß sie jedem nur einigermaßen national-ökonomisch gesinnten Geiste sofort einleuchten müssen, und das Ausland hat diesmal leider recht, wenn es Herrn v. Witte vorwirft, daß er sich in seiner Jucker-Rose mit lebhaften Ausfäulen der Dialektik quält, weil er für die Nichtigkeit seines Standpunktes keinen wirklichen Beweis zu führen vermag.“

Dagegen heißt es in einer durch die offizielle „Russische Telegraphen-Agentur“ verbreiteten Mitteilung:

Es ist uns bekannt, daß das russische Finanzministerium von den fremden Mächten eine negative Antwort auf seine Erklärung in betreff der Brüsseler Juckerkonvention erwartet, da es überzeugt ist, daß die ausländischen Mächte sich in gegebenem Falle von ihrem eignen Vorteil und nicht vom Rechte leiten lassen werden. Wenn die russische Regierung derartige Antworten erhalten haben wird, wird sie von neuem erklären, daß sie die Erhöhung des Jucks auf russischen Jucker für eine Verletzung der Verträge erachtet, und darum wird sie überseits, sobald eine solche Erhöhung stattfinden sollte, sich nicht für verpflichtet halten, die Bestimmungen der Verträge in Fällen zu beobachten, wo sie in der Abweichung von denselben ihren Vorteil sehen wird. Was die Betätigung dieser Ansicht in der Praxis betrifft, so beabsichtigt das russische Finanzministerium nicht, irgendwelche allgemeine Maßregeln in Bezug auf alle Mächte zu ergreifen. In einem jeden einzelnen Fall wird in Betracht gezogen werden, was für Rußland vorteilhafter ist; aber es ist uns positiv bekannt, daß man in erster Linie im Auge hat, den Jock auf Weine bedeutend zu erhöhen, ferner auf einige Artikel, die von Subsidien insbesondere über die westliche Landesgrenze eingeführt werden.“

Nicht man die eigenartigen russischen Preß- und Censurverhältnisse in Betracht, so scheint es fast, als fände das Vorgehen Wittes in der Juckerzollfrage in einflussreichen russischen Kreisen Widerstand, und als sei die obige heftige Drohung von der „Russischen Telegraphen-Agentur“ nur deshalb in die Welt gefandt, um entweder diesem Widerstand, ehe er an gewisser sogenannter allerhöchster Stelle Gehör findet, zuzugewinnen, oder den fremden Regierungen zu zeigen, daß vorerst noch Herr v. Witte „regiert“ und die Entscheidung in der Hand hält. Nur in diesem Fall ist allenfalls die kuriose Begründung und die maßlose Festigkeit der neuen Drohung, die sich der russische Finanzgewaltige leistet, zu verstehen. Wie in der obigen Mitteilung selbst erklärt wird, haben die fremden Regierungen noch nicht auf die russische Note geantwortet, die russische Regierung weiß auch noch nicht, wie diese Antworten ausfallen werden, aber sie erwartet, daß die Gegenäußerungen „negativ“ sein werden, und diese famose „Erwartung“ genügt ihr, offen mit dem Jockkrieg zu drohen. —

#### Platonische Sparsamkeit.

Aus München, 4. August, wird uns geschrieben: In der heutigen Kammer-Sitzung wurde über die den niederen Bediensteten vorläufig zu gewährenden Wohnungsgeld-Zuschüsse verhandelt. Bei dieser Gelegenheit besprach der Finanzminister v. Riedel auch die Frage, wie in Zukunft die Mittel für eine generelle Gehaltsaufbesserung der Staatsbeamten aufzubringen seien. Er meinte, auch bei besserer Finanzlage werde man möglichst die Ausgaben einschränken müssen, und dazu gehöre vor allen Dingen, daß man geschäftlich sei vor größeren Ausgaben für Reichszwecke. Hier seinen Einfluß aufzubringen, erjuche er namentlich das Centrum.

Es scheint, Herr v. Riedel hat hier die ungeheuren Ausgaben für Heer und Flotte im Sinne, die ja durch die freundwillige Mitwirkung des Centrums zu so unerwarteter Höhe angewachsen sind. Es ist nur bedauerlich, daß nicht auch die bairische Regierung schon früher ihren angeblich so großen Einfluß dagegen geltend gemacht hat und daß ihr die Erkenntnis erst kommt, daß ihr selbst das Feuer auf den Kägeln brennt. —

Die Rußlandfahrt des Kaisers wird von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mit dem üblichen Hurras gefeiert: besondere Freude — edler russischer Herrscher — wechselseitige Herzlichkeit — Abwesenheit jeder politischen Reibungsfläche — Erhaltung des Friedens — wir zweifeln nicht, daß diese persönlichen Verührungen der Herrscher und der Staatsmänner das durch keinerlei politische Streitpunkte verbundene freundschaftliche Einvernehmen zwischen Deutschland und Rußland befestigen und fördern werden.“

Nicht aber verpörrtet „Daily Telegraph“ diese Willen, indem er allen Ernstes erzählt, die Sache sei unglücklich wichtig, man werde sich über eine Umbildung oder Herabsetzung der gegenwärtigen Mächtigungen verständigen, welche nicht länger für europäische Kriege, sondern nur zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zum Schutze der überseeischen Kolonien gebraucht werden sollten. Es würde mit andern Worten eine Art Abrüstung eintreten, da eine Verständigung dahin erzielt werden würde, daß die europäischen Länder nicht gegeneinander kämpfen“. Die Soldaten Europas sollen also — nach Redal — künftig „nur“ noch daheim auf Eltern und Geschwister schließen und in den Kolonien Hummerjucht verbreiten.

Nach einem andern englischen Blatt sollen die nächsten Schließungen vor Neval wie eine Theater-Vorstellung unter Ludwig II. von Bayern inszeniert werden: Es sollen keine Zuschauer zugelassen werden außer den beiden Kaisern!

Gehetztes Edelwild. In Berlin ist gegenwärtig der Verbandstag des preussischen Landesverbandes sächsischer Haus- und Grundbesitzervereine. In dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht heißt es: „Es läßt sich nicht mehr leugnen, daß der Haus- und Grundbesitzer heute gezwungen ist, nach zwei Seiten kämpfen zu müssen, von unten gegen den Anprall der besitzlosen Masse, die den Uebergang von Grund und Boden in das allgemeine Eigentum fordert, Hand in Hand mit den denselben Ziele zustrebenden Bodenreformern, auf der andern Seite von oben — gegen Behörden, Ministerien, Kommunalverwaltungen usw. Diese Kämpfer und Liebhaber mit den Forderungen der sogenannten Humanitätsbestrebungen und reichen diesen in der Bekämpfung des schrankenlosen Bürgerturns gerne und freudig die Hand. Wir stellen uns nicht gern als die potentierten Stützen von Thron und Altar hin, aber wir dürfen es ruhig aussprechen, daß eine große Gefahr für den Staat darin liegt, sollte der heute schon vorhandene Ueberdruck am Weste eines eignen Heims, ein Ueberdruck, hervorgerufen durch steuerliche und verwaltungsmäßige Bedrückungen aller Art, noch weiter um sich greifen.“

Die Hausagrarier verstehen das Schreien fast noch besser als die Junker. Anstatt dieses Lärms ist es nur wunderbar, daß das „schlaube Bürgerturn“ nicht längst seinen lästigen Besitz der Allgemeinheit geschenkt hat und so dazu beiträgt, die socialdemokratische Forderung auf Vergesellschaftung des Grund und Bodens zu erfüllen! —

Angewählte Ausschreitungen gegen Arbeitswillige, die durch ausgeperrte Hamburger Klemperer begangen sein sollen, wüthten die Hamburger Nachrichten mitzuteilen. Diese unkontrollierbaren Erzählungen von Drohungen mit Schlägen, Behinderung an der Arbeit, Mißhandlungen usw. machen die Kunde durch die ganze ordentlichere Presse. Was an diesen Erzählungen wahr ist, oder ob sie überhaupt ein Körnchen Wahrheit enthalten, das wissen wir ebensowenig, wie jene Blätter, welche die bezeichneten Nachrichten ver-

breiten. Das eine steht jedoch fest, daß die kapitalistische Presse bei jedem Streik Alarmnachrichten in die Welt setzt, welche bestimmt sind, die Streikenden in Mißkredit zu bringen, und das Spiel der Unterthener zu spielen. Wir haben erst gestern an einem trefflichen Beispiel bewiesen, wie die Verichterstattung über den Landarbeiterstreik in Galizien durch ein offizielles Korrespondenz-Bureau absichtlich gefälscht wird. Nach derselben Methode handeln die unternehmerfreundlichen Blätter bei jedem Streik. Welche Absicht damit verfolgt wird, ist klar. Dieser Absicht geben die „Hamburger Nachrichten“ auch unverholten Ausdruck, indem sie ihren Schauererzählungen die Bemerkung folgen lassen:

Die socialdemokratische Presse weiß von allen solchen Vorkommnissen natürlich nicht das geringste. Für sie stellen eingeschlagene Rosenbeine und Bedrohungen mit Nord- und Totschlag nichts als eine sanfte Nachhilfe dar, um die Begriffsstumptheit der Arbeiterwilligen den Aufklärungsversuchen der „Genossen“ gegenüber etwas zu überwinden, und eine solche „Aufklärung“ ist das heiligste Recht der Organisierten, ein Recht, das sich mit zwingender Notwendigkeit aus der gesetzlich gewährten Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer ergibt. Immerhin ist es überaus nötig, daß die weitere Oeffentlichkeit über alle diese Vorgänge auf dem laufenden erhalten wird. Vielleicht bricht dann noch einmal die Ueberzeugung sich Bahn, daß die Rechtslage in dieser Beziehung noch keineswegs als geklärt zu betrachten und daß es an der Zeit ist, über Maßnahmen zum Schutze vor allem der kleineren Arbeitgeber nachzudenken.“

Wie die Sehnsucht nach einer neuen Zuchthaus-Vorlage ist die Ursache, weshalb man den „bederen Bürger“ mit erfundenen Nachrichten über geflügelte Streikbrecher grüßelig zu machen sucht. —

#### Terrorismus-Phantasien der „Germania“.

Aus unsrer Sonntagsnummer druckt die „Germania“ den Bericht über die Einschüchterung der Zimmerer in Potsdam ab, aufscheinend nur deshalb, um daran folgende Bemerkung knüpfen zu können:

Woh! wir den Terrorismus in seiner Gestalt billigen, brauchen wir wohl nicht besonders zu betonen. Für uns von großem Interesse war es aber, zu wissen, wie der „Vorwärts“ der „beispiellos terroristischen Handlungsweise der Unternehmer“ gegenüber den noch viel größeren Terrorismus seiner Anhänger gegen die christlich organisierten Arbeiter verteidigen will. Darum geht er aber wohlweislich nicht ein, und doch liegt der Vergleich so nahe. Die Terrorismusversuche der „freien“ Gewerkschaftler pflügt der „Vorwärts“ totzuliegen oder totzukübeln, ein Wort des Tadelns weicht er dann nicht zu finden. Ja, Bauer, das ist was andres!!

Die „Germania“ unterläßt natürlich die Anführung von Thatsachen, die dafür sprechen, daß wir oder sonst ein Organ der Klassenbewußten Arbeiterbewegung den Terrorismus billigen, wenn er von organisierten gegen andere organisierte oder unorganisierte Arbeiter geübt wird. Einen Nachweis in dieser Richtung kann die „Germania“ nicht führen, und deshalb ist ihr Gerede vom Terrorismus socialdemokratischer gegen christliche Arbeiter nichts weiter als eine elende Verleumdung. Das Gegenteil von dem, was die „Germania“ zurecht phantasiert, ist wahr. Die Vertreter der klassenbewußten Arbeiterorganisationen warnen ihre Anhänger bei jeder Gelegenheit vor Ausschreitungen gegen Judifferentes oder Andersdenkende. Was übrigens die „Germania“ und die „Rächische Volkszeitung“ ab und zu von angeblichem Terrorismus gegen christliche Arbeiter zu erzählen wüthten, das hat sich ja immer als furchterliche Uebertreibung herausgestellt, soweit überhaupt Gelegenheit zur einwandfreien Untersuchung der betreffenden Fälle gegeben war. Es ist ja nicht unbekannt, daß es christliche Arbeiter giebt, die aus recht materiellen Gründen ihren Vorkämpfern terroristische Märchen aufbinden, die von diesen Zeitungen als wüthig und leichtgläubig entgegengenommen werden.

Die „Germania“ behauptet, sie sei gegen Terrorismus in jeder Form. Wenn es nur angehe, dann würden die Vertreter der katholischen Kirche wohl heute noch die Andersgläubigen zum Scheiterhaufen verurteilen. Und was sagt die „Germania“ zu dem wirklich recht krahen Terrorismus, den die drohwüthigen christlichen Gewerkschaftler am Bruch gegen ihre ebenso christlichen, aber zoll-gemeinlichen Brüder um Wieder seit dem Münchener Kongress betrieben haben und noch betreiben. Die Vernichtung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes ist in München offen proklamiert und beschlossen worden, und die Schlingel der Centrumsbrüder, die Herren Bruff, Giesberts usw., handeln nach diesem Beschluß. Ist das kein Terrorismus? Und wird dieser Terrorismus nicht von den Centrumsorganen gebilligt und unterstützt? —

Ein Beitrag zur Germanisierungspolitik. Die preussische Eisenbahnverwaltung will jetzt auch das Jüdische thun, um den „freien Uebermut“ der Polen zu brechen: Die Uebersetzung Verkehrskontrollen, welche jetzt in Berlin untergebracht ist, soll nach Polen verlegt werden. Um nur die Uebersiedelung den in Frage kommenden Beamten schwachhaft zu machen, will man ihnen eine Luernungszulage geben, die mindestens 150 Mark betragen soll. Es handelt sich um etwa 500 Beamte; es sollen möglichst unverheiratete dazu genommen werden. Wüthten sich diese Junggefallen nicht auch verpflichtet, keine Polinnen zu heiraten? —

Noch ein Hummerbriefprozeß. Aus Mainz wird telegraphiert: Die hiesige Strafkammer verhandelte heute den letzten Prozeß wegen der sogenannten Hummerbriefe. Angeklagt war der Redakteur der socialdemokratischen „Mainzer Volkszeitung“, Landtagsabgeordneter Philipp Haas. Der Staatsanwalt beantragte 200 M. Geldstrafe, das Gericht erkannte auf eine solche von 300 M.

Wohnungsgeldzuschüsse in Bayern. Aus München wird telegraphiert: Die Kammer der Abgeordneten nahm einen Antrag Sollmar an, nach welchem sämtliche Staatsangestellte, welche ein Gehalt bis 1020 M. jährlich beziehen, einen Wohnungsgeldzuschuß von 45 M. jährlich erhalten. Die sonstige Gewährung eines Wohnungsgeldzuschusses „müßte“, wie bekannt, mit Rücksicht auf die Finanzlage zurückgestellt werden. —

#### Elässisch-Amerikale und Reichscentrum.

Aus Straßburg wird uns geschrieben: Der Anschluß der elässischen Katholiken an das deutsche Centrum ist, nachdem er bereits vor einigen Monaten, anlässlich der Aufhebung des Diktaturparagrafen, in nahe Aussicht gestellt worden war, nunmehr endgültig vollzogen. Die gesamte katholische Presse des Reichslandes stellt die Thatsache mit Genehmigung fest, und die „Kölnische Volkszeitung“, deren Straßburger Korrespondent den Anschluß seiner Genüßgenossen im Reichslande seit Jahren mit allem Eifer betrieben hatte, quittiert doch erstent über den endlichen Erfolg ihres Strebens. Sie unterläßt dabei allerdings nicht, nach den Ursachen zu forschen, die das endlich erfolgte Abwenden der Elässler-Gruppe ins Centrumslager so lange verzögert haben, und nimmt sich in erster Linie den Reichstagsabgeordneten für Rappoltsweiler, und Redacteur des „Journal de Colmar“, Abbé Wetterlé, vor, dem sie vorwirft, er habe sich gegen jedes Zusammengehen mit dem Centrum gesäubert. Herr Wetterlé selbst begründet seinen Meinungswechsel in der vorliegenden Frage und seine Bekehrung zum Anschluß an das Centrum mit der angeblichen Erkenntnis, die elässischen Katholiken seien von ihren politischen Gegnern im Lande seit Jahren hinter Licht geführt worden:

Unter dem Vorwande einer unabhängigen Politik, allgemeiner Freiheit, ließen sie alles geschehen, nahmen die ihrem Glauben feindlichsten Kandidaten an, gestatteten, daß ihre schlimmsten Feinde in allen öffentlichen Aemtern sich festsetzten. Die Gegner vertriehen ihr Spiel meisterhaft. Jetzt glauben sie sich nicht mehr an dieselbe Zurückhaltung gebunden. Sind sie doch mächtig genug, um uns mit dem Gewicht ihres Einflusses, den wir sie gewinnen ließen, zu erdrücken.“

Diese Erkenntnis ist dem Herrn Abbé offenbar erst mit den jüngsten Gemeindevahlen in Eläss-Lothringen gekommen, bei denen die Elässler mit Hilfe der Demokraten und Liberalen speciell in Colmar und Wülhausen aufs Haupt geschlagen wurden.

Die Sozialdemokratie hat allen Anlaß, die Klärung der Parteifrage in Reichslande zu begrüßen. Der Kampf gegen den Merkantilismus wird ihr dort sehr wesentlich erleichtert werden, nachdem auch das letzte partikularistisch-nationalistische Element aus denselben verschwunden ist und die Schwärze nunmehr in ihrer ganzen Herrlichkeit als die Partei der Militär- und Flottenschwärmer, der Ueberzöhlner und Brotverzehrer auch dem reichsländischen Volke gezeigt werden können.

## Ausland.

### Ein Streik in der Spielhölle.

Brüssel, 8. August. (Fig. Ver.) Noch nicht dagewesen! Man stelle sich vor: Die Croupiers der Spielhölle in Spa, dem internationalen Rendezvous der Welt und Halbwelt — „Streiken“; streiken im buchstäblichen Sinne des Wortes und suchen so „energisch“ ihre Forderungen durchzusetzen, daß Gendarmerie requiriert wurde, um die Streikenden zur Kasse zu bringen.

Hier die Ursachen des Lohnkampfes: Seit Wochen schon hatten die Croupiers Gründe genug, unzufrieden zu sein. Ein Reglement sollte in ihren interessantesten „Arbeitsstätten“ eingeführt werden, das ihnen die Annahme des „Trinkgeldes“ unterlagte.

Verchiedentlich wurde deswegen mit Arbeitseinstellung gedroht. Jetzt aber soll ein Croupier Trinkgeld gefordert haben, was der Direktion durch einen anonymen Brief hinterbracht worden ist. Dies hatte die Entlassung des „Trinkgeldforderers“ zur Folge. Hierüber wurden die ganzen „Arbeiter“ dieser Branche nicht gelinde aufgebracht und — streikten.

Die Direktion des Kasinos war darob ebenso verblüfft als hartnäckig. Sie erklärte rundweg, seinen der Ausständigen wieder in Brot zu nehmen, und sie demütigt sich eifrig, „Arbeitswillige“ aufzutreiben. So ist es denn soweit gekommen, daß die Kasinos auch für die fashionable Welt geschlossen sind und diese gegenwärtig in Spa keine Stätte hat, den daheim aus den Arbeitern gepreßten Mehrwert ausnahmsweise schnell an den Mann zu bringen.

Daß Gendarmen und Polizisten die „Arbeitsstätten“ der Croupiers bewachen und daß selbst die Inspektoren des Kasinos sich zu vulgären Streikbrecherdiensten bereit erklärt haben und diese vielleicht in diesem Moment schon verrichten, nimmt weiter nicht wunder.

Aber etwas anders erheischt schon größeres Interesse. Während der letzten Session wurde von der Kammer und dem Senat ein Gesetz votiert, das den belgischen Spielhöhlen den herbsten Schlag zu versetzen geeignet ist, wenn es sie nicht ganz beseitigt.

Dieses Gesetz liegt seitdem in dem Ministerium und wartet auf die Sanction — des Königs. Aber dieser macht keine Miene, das in aller Form votierte Gesetz zu unterzeichnen. Warum zögert der König? Nun, die Spanen preisen es übrigens von den Dächern. Leopold II. ist bei der Sache stark interessiert. Hier heißt es: Erst's Geschäft, dann — Sanction.

Durch diesen merkwürdigen Streik der Croupiers sind wir nun auch ohne die königliche Genehmigung des Gesetzes dahin gekommen, daß in Spa wenigstens momentan nicht gespielt wird.

### Oesterreich-Ungarn.

Neues von der Steckbrief-Polizei. Aus Prag wird uns geschrieben: Von der durch die famose Stekories-Affaire auch außerhalb Oesterreichs bekannt gewordenen Prager Polizei sind wieder einige nette Sachen bekannt geworden.

Wie das „Pravo Lidu“ erzählt, ist es in Prag Gewohnheit, Arrestanten zu prügeln. Von einem krasseu derartigen Fall berichtet jetzt wieder das Blatt: Donnerstagnachmittag ging der Maschinenkloster Franz Stalnik von Karolinenthal nach Wolkhan. In der Nähe des Wolkhaner Friedhofs stürzte plötzlich ein Mann auf ihn zu, faßte ihn beim Arm und schrie ihn an: „Du Dumy!“ Der Arbeiter ließ den Mann, der auf ihn den Eindruck eines Besessenen machte, von sich. Er wußte nicht, daß er einen Bordellwirt und Detektiv (diese beiden Begriffe sind in Prag gewöhnlich vereinigt) vor sich habe. Dieser beschimpfte ihn nun auf das Unflätigste. Im nächsten Augenblick war schon ein zweiter Mann in der Nähe, der den Arbeiter beim Arm faßte und ihm sagte: „Ich erkläre sie für verhaftet!“ Auch das war ein Detektiv. Stalnik ging nun in Begleitung beider auf die nächste Wochstube in Jizlow. Während Stalnik seine Sachen ablegte, kam der Detektiv, der ihn zuerst angehalten hatte, zur Thür herein. Er sprang auf den Häftling los und schlug ihn viermal mit der Faust in das Gesicht. Drei Wochstube standen dabei, ohne etwas zu sagen. Später stellte sich heraus, daß man ihn mit einem aus Prag ausgewiesenen Kamens Bartosik verwechselt hatte. Er wurde nun in eine Zelle gebracht, von wo man ihn nach einiger Zeit — offenbar nachdem man sich informiert hatte — freiließ.

Die Nachricht des sozialdemokratischen Blattes erregte großes Aufsehen; auch die Polizeidirektion sah sich endlich zum Einschreiten veranlaßt. Koch Sonnabend wurde der mißhandelte Arbeiter zur Polizei vorgelesen und dort eindringlich verhört. Nachdem man auch noch andere Zeugen einvernommen hatte, die seine Angaben bestätigten, wurde der Detektiv und Bordellwirt Josef Kofel, der den Arbeiter mißhandelt hatte, verhaftet und sein Bordell gesperrt. Das „Pravo Lidu“ berichtet übrigens über die Mißhandlung eines zweiten Arrestanten, die vor einigen Wochen vorgekommen ist. Der Fleischergehilfe Bohumil Knerpek wurde auf der Reusfährer Wochstube von dem Wochstube Schmidt mit der Faust in das Gesicht geschlagen, daß ihm das Blut aus der Nase rann, dann beschimpft und wiederum geschlagen. Auch da sahen mehrere Wochstube ruhig zu, ohne den Mißhandelnden zu schüzen. Aber schließlich werden die Verhältnisse bei der Prager Polizei ausreichend dadurch illustriert, daß die Sperrung eines Bordells die Disziplinarmahregel über einen Beamten ist.

Ungarische Korruption. Aus Budapest wird telegraphiert: Der von dem Minister des Innern zur Revision der wirtschaftlichen Gebahrung der Stadt Theresopol entsandte Revisor fand dort, wie die Blätter melden, unerhörte Zustände. An zwei Millionen südliche Gelder waren einfach verschwunden, eine dreimal so große Summe war ohne jede Vollmacht verausgabt, die Hauptbücher waren auf Jahre zurück gefälscht, die Einnahmen einfach unterschlagen worden. Gegen sämtliche Beamte ist eine Untersuchung angeordnet worden.

### Frankreich.

Die sozialistische Niederlage in Marseille. Wie uns unser Pariser Korrespondent medelt, gehören die jetzt geschlagenen sozialistischen Standverbände nicht zu den Guesdisten. Der Marceller Gemeinderat unter Führung Flaissières war guesdistisch bis zum Beginn des Parteistreits über Millerand, ebenso wie die Marceller Deputierten und die dortige Organisation. Seither sind sie aus der guesdistischen Organisation ausgetreten, um sich den Jauresisten anzuschließen. Inletzt aber sind sie auch aus der jauresistischen Organisation ausgetreten. Flaissières Gemeinderatsmehrheit ist ganz unabhängig, steht außerhalb der beiden sozialistischen Landesorganisationen.

Vom Kulturkampf. Aus Landerneau wird berichtet: Der Deputierte Abbé Gayraud ist hier angekommen und wird sich nach Ploudaniel, Saint-Néon und Lesfoget begeben, um zu versuchen, Gewaltthatigkeiten in diesen Orten zu verhindern. Bewaffnete Bauern halten die Straßen besetzt und halten die Passanten an.

In Cruet wurde der Polizeikommissar in dem Augenblicke, als er die dortigen Schulen schloß, von Frauen zu Boden geworfen und gemißhandelt.

### Spanien.

Sagasta. Der Ministerpräsident Sagasta erklärte in einer Unterredung, er sei müde und glaube, daß die Stunde der Ruhe für ihn geschlagen habe.

### Italien.

Unruhen. Die Bewegung in der Provinz Speichwan am oberen Po hat den deutschen Schiffen Beschäftigung gegeben. Das Flusskanonenboot „Vorwärts“, Kommandant Ober-

Leutenant z. S. v. Weise, verließ Mitte Juli Genua und dampfte nach Kofkon. Der „Jaguar“, Korvettenkapitän Berger, und der „Buffard“, Korvettenkapitän Huf, sind thalwärts gegangen und wollen in der Hangsemanbung, wo dieser Tage der „Tis“, Korvettenkapitän Etkamer, der aus den japanischen Gewässern herbeikam, eingetroffen ist. Der „Tis“ dürfte nach der „Köln. Zig.“ Segelbefehl nach dem Mittelmeer erhalten.

### Amerika.

Aufstand auf Haiti. Nach einem Telegramm aus Panama erhielt der Gouverneur Salazar ein Telegramm aus San Carlos, in welchem gemeldet wird, daß einige Offiziere Herreros dort in voller Flucht durchgekommen sind. Es heiße, die Russändischen in Aguadules seien geschlagen worden und viele desertierten infolge dessen. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

## Der Streik der galizischen Landarbeiter.

Kralau, 1. August. (Fig. Ver.)

### Das Treiben der Soldateska.

Aus Kraschukow (Bezirk Kamionka) berichtet das ruthenische Tageblatt „Dilo“:

Trotzdem kein Streik ausgebrochen ist, kam, auf Veranlassung des Grafen Dzieduszycki Militär ins Dorf. Der Dorfvorsteher widersetzte sich der Einquartierung, indem er erklärte, daß sich die Bewohner des Dorfes vollständig ruhig verhalten. Hierauf wollte man den Vorsteher in Ketten schlagen, worauf die Bauern riefen: Schlagt uns alle in Ketten! Soll doch der Quartiere geben, der Euch gerufen hat! Der kommandierende Oberleutenant hieb auf die Bauern mit dem Säbel los. Einen verwundete er am Kopfe, so daß ein Blutstrahl hervorschoß. Einen andern verwundete er am Vorderarm. Im ganzen verwundete er fünf Bauern. Die Bauern leisteten keinen Widerstand. Tags darauf brach im Dorfe der Streik aus.

Aus dem Bezirke Jaleschitz meldet „Dilo“: Man veranstaltet eine Jagd nach Streikkomitee-Mitgliedern. Sie werden verhaftet und in Ketten ins Gefängnis gebracht. Aus Furcht vor der Arrestierung schlafen die Leute in Hans- oder Maisplantationen. Manen und Gendarmen veranfalteten bei Nacht Hausdurchsuchungen und ohfseigen die Leute. Manen arretieren die Bauern auf eigne Faust.

Die Soldaten haufen wie im Feindeslande. In Buraloloka (Bezirk Jaleschitz) sollte es zwischen dem Gutsbesitzer und den Streikenden zu einem Ausgleich kommen. Zu dem Zwecke versammelten sich im Felde 500 Bauern, um über die Bedingungen zu beraten. Gleich nach dem Beginn der Versammlung drangen Manen auf die Teilnehmer und verwundeten mehrere Personen. Wer sich retten konnte, der floh; die Zurückgebliebenen, 137 an der Zahl, wurden mit Striden so fest zusammengebunden, daß ihnen die Hände bluteten. Unter den Arrestierten waren auch Kinder!! Alle wurden eine halbe Meile weit ins nächste Dorf Bazar getrieben und in einem Stall untergebracht. Das Gedränge im Stalle war so groß, daß 4 Leute auf einem Strohhilnd lagen. Als am andren Tage die Frauen den Arrestierten Nahrung brachten, wurden sie weggetrieben. Nach 24 Stunden wurden sie endlich, ohne etwas gegessen zu haben, ins Czortkower Gefängnis gebracht.

Im Dorfe Bazar flüchteten sich die Bauern in die griechisch-katholische Kirche vor den galoppierenden Manen. Die Infanteristen drangen in die Kirche ein, trieben die Bauern auf die Straße und lieferten sie den Manen aus.

### Gendarmen als Antreiber von „Arbeitswilligen“.

In Ludwikowka (Bezirk Larnopol) gehen, wie dem „Dilo“ gemeldet wird, die Gendarmen in die Bauernhöfen und treiben die Leute zur Arbeit; bisher gelang es ihnen, auf diese Weise sechs Personen zur Arbeit auf herrschaftlichen Feldern zu zwingen.

### Beamte als „Friedensstifter“.

Am 29. Juli kam nach Ludwikowka aus Larnopol der Kommissär der Bezirkshauptmannschaft Dniestranski, angeblich um zwischen den Streikenden und Großgrundbesitzern Frieden zu stiften, in Wirklichkeit aber gab er allen, selbst den härtesten Forderungen der Gutsbesitzer recht, den beschiedenen Forderungen der Arbeiter aber unrecht. Die Bauern fordern nämlich die neunte Garbe. Seine Friedensmission beschloß der L. Kommissär, indem er den Bauern wünschte, „daß sie alle kriepieren“. Dann fuhr er nach Mikulince, wo er auch nichts ausrichtete.

Im Bezirk Trembowla wollte der Pächter von Koblowloki die Forderungen der Streikenden bewilligen, aber der Sekretär der Bezirkshauptmannschaft brachte ihn davon ab, indem er ihm sagte (wörtlich): „Sie haben jetzt Gendarmen und Militär, wozu brauchen Sie einen Ausgleich? Die neun Mitglieder des Streikkomitees sowie ein Student und ein Bauer, in dessen Schemer eine Versammlung stattfand, wurden wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes angeklagt.“

### Die Streikbeher.

Es steht fest, daß die höheren Besizer die Kleineren und die Pächter zur Unnachgiebigkeit aufgefordert haben. Sie haben ihnen sogar den Pachtzins zu verringern versprochen, wenn sie nur den Bauern keine Konzessionen machen. Diese unverschämte Haltung erklärt sich einerseits durch die profenhafte Gefinnung der Schachta, andererseits aber auch durch die Furcht, daß der Pachtzins nicht sinkt, wenn der Pächter bessere Löhne zahlt. Diese Latifundienbesitzer waren es hauptsächlich, welche Militär benötigt haben. Man probierte auch den Terrorismus anzuwenden und arretierte Mitglieder des Streikkomitees.

Trotzdem verhielten sich die Bauern ruhig. Ihnen zur Seite standen mit Rat und That die organisierten Arbeiter von Buczacz und ihrem Einflusse ist es hauptsächlich zu verdanken, daß der Streik in legalen Formen seinen Fortgang nimmt.

Gestreift wird unter anderem beim Abgeordneten der Landkurie Baron Wladowski, welcher sich — gegen seine eignen Wähler! — mit Militär umschlossen hat, ferner beim Grafen Wadani und — bei den ruthenischen Geistlichen. Dieser letztere Umstand beweist, daß die Bauernstreiks vorwiegend wirtschaftliches und nicht nationales Gepräge tragen.

### Das Versammlungsrecht aufgehoben!

In Lemberg wurde von der sozialdemokratischen Partei eine Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Bauernstreiks“ einberufen. Die Versammlung wurde von der Polizei verboten, mit der Begründung, daß der Ton, in welchem der „Raprod“ über die Streiks schreibt, Anlaß zur Besorgnis der Störung der öffentlichen Ruhe geben wird.

### Das Verhören aufgehoben!

Die oppositionelle Presse in Galizien wird jetzt in noch nicht dagewesener Weise konfisciert. Das Kralauer Parteiorgan „Raprod“ wird regelmäßig jeden Tag konfisciert, selbst dann, wenn er die Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ citiert.

Lemberg, 5. August. (D. S.) Aus dem Bezirke Larnopol wird gemeldet, daß nunmehr die deutschen Kolonisten sich an der Streikbewegung zu beteiligen beginnen. Diese galten bisher als die ruhigsten und geduldigsten Feldarbeiter. Dagegen wurde der Streik in Buczacz durch Vermittelung des Sozialistenführers Dr. Mosler beigelegt.

## Partei-Nachrichten.

Im Reichstagswahlkreise Sorau - Forst hielten die Parteigenossen am Sonntag ihre Kreisversammlung in Sorau ab. Es waren aus 22 Orten 81 Delegierte erschienen. Für die Agitationskommission der Provinz Brandenburg war Kiesel anwesend. Wie aus dem Tätigkeitsbericht zu ersehen ist, ist die Agitation im Kreise recht fleißig betrieben worden und im allgemeinen ist auch der Stand der Partei gut. Die Einnahmen der Kreiskommission betragen 750,70 Mk., mit dem alten Bestande 889,05 Mk. Wegen des Widerspruches Kiesel wurde beschlossen, eine Bezirkskonferenz für den Bez. Frankfurt abzuhalten, doch wurde ausdrücklich erklärt, daß es sich dabei nicht darum handele, der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg in den Weg zu treten, es solle nur zwischen den einzelnen Kreisen des Bezirkes eine engere Fühlung herbeigeführt werden, namentlich im Interesse der Verbreitung des Parteiblattes.

Als Kandidat für die Reichstagswahl wurde Genosse Klee wieder einstimmig proklamiert. Zur Provinzial-Konferenz wurden gewählt die Genossen Liebing - Forst, Hornig - Sorau und Hillmann - Gassen. Die Agitationskommission für den Kreis bleibt dieselbe wie bisher; Vorsitzender ist Genosse Moriz Sommer, Forst, Frankfurterstr. 11.

Reichstagskandidaturen. In der am 8. August auf dem Frankfurterer Bierkeller zu Kachen stattgefundenen Parteiversammlung für den Wahlkreis Kachen - Land - Eupen wurde Genosse Richard Bösch, Redacteur am „Kadener Volksblatt“, als Kandidat der sozialdemokratischen Partei zur nächsten Reichstagswahl aufgestellt. — Für den zweiten braunschweigischen Wahlkreis (Helmstedt) kandidiert Genosse Kiele wieder.

Dem Gedächtnis Jens Christensen, des vor drei Wochen in New York verstorbenen deutschen Parteigenossen, widmet das „Saalfelder Volksblatt“ eine freundliche Erinnerung, indem es schreibt: „Der Verstorbene ist den Genossen des zweiten Meiningener Wahlkreises wohl noch in guter Erinnerung. Im Wahlkampf 1887 war Christensen der Kandidat des Wahlkreises, der unbekümmert um die händige Verfolgung, welche die Berliner Polizei über ihn verhängte, mit Begeisterung an allen Orten, die sein Fuß berührte, den Armen das „Evangelium der Kreuzzeit“ verkündete. Weder die rauhe Jahreszeit, in die damals die Reichstagswahl fiel — Kälte, Regen und Schnee — nichts vermochte ihn, den bedürfnislosen Menschen und geistigen Kämpfer abzuhalten, um in den entlegensten Orten des Thüringer Waldes die Arbeiter aufzuklären und aufzurufen zum Kampf für ihre Menschenrechte. Die Strapazen jener Agitationstouren wurden durch Christensen Beispiel von allen damals aktiven Genossen mit Lust ertragen, im Bewußtsein der gerechten Sache, welche die Sozialdemokratie vertritt, und ihres unermüdlichen Sieges. Der Ausfall der 1887er Reichstagswahl brachte einen Zuwachs von mehr als tausend Stimmen, dem 1890 der Sieg folgte. Betrag und Fälschung der Gegner sankte wohl nochmals die Wahlschale der Partei, aber seit 1898—1899 gehört der Kreis der Sozialdemokratie. Christensen hat reichlich das Seine hierzu beigetragen. Auf Grund des Sozialistengesetzes hegte man ihn dafür von Ort zu Ort. Unter den zahlreichen Städten des deutschen Reiches, aus denen der „Hepapostel“ ausgewiesen wurde, befindet sich auch Sonneberg. Sein Abmarsch aus Sonneberg an einem schönen Sommerabend — Triumphzug — unter zahlreicher Beteiligung und Begleitung von Arbeitern und Arbeiterfrauen und der Ordnungshüter, ist wohl noch vielen Genossen erinnerlich. Bei Erinnerung an jene unvergeßliche Abschiedsversammlung auf dem Säugenplatz in Neustadt wird es den älteren Genossen wohl warm ums Herz, wenn sie von dem Heimgang Christensen, ihres treuen und unvergeßlichen Freundes, Kunde erhalten, und manche verstoßene Thräne des Dankes für sein selbstloses Wirken wird sich ins Auge drängen um den tapferen Streiter, der gefallen ist und dem die Arbeiterchaft Thüringens ein treues Andenken bewahren wird.“ — Die Sonneberger Genossen werden auf nächsten Montag zu einer schlichten Gedächtnisfeier eingeladen.

Das Recht auf Strafverbüßung. Die Sozialdemokraten sind Rechtshaber. Erst machen sie alles in Grund und Boden schlecht, und wenn sie dann der Staatsanwalt beim Kragen steht und mit allen Finissen staatsbehaltender Logik beweist, daß jeder Sozialdemokrat von Gottes- und Rechtswegen ins Gefängnis gehört, dann erheben sie ein großes Geschrei und wollen durchaus beweisen, daß ganz das Gegenteil richtig ist. Sind sie aber einmal verurteilt, dann bestehen sie wieder auf ihrem Schein und wollen sich das Recht auf Staatspension durchaus nicht verplumpen lassen. So macht es der Genosse Haenisch in Dortmund. Trotz des heftigsten Verlangens des Verbrechers will ihn der Staatsanwalt nicht haben; Haenisch geht deshalb auf eigne Faust nach Herford, selbst auf die Gefahr hin, einen Gefängnis-Hausfriedensbruch zu begehen. Ob seine Sehnsucht nach Amstutz und blauem Heinrich gestillt worden, ist uns zur Zeit noch unbekannt.

Ein wirklames Mittel zu diesem Zwecke hat seiner Zeit der Genosse Lebus in Dortmund angewandt, wie der jetzt in Dresden lebende der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ mittelt. Auch ihn wollte der Staatsanwalt durchaus nicht haben. Schön, sagte er diesem, wenn Du mir die beschauliche Ruhe zwischen den vier engen Wänden der nationalen Gefängniszelle nicht gönnst, dann werde ich rabiat; dann genügen mir auch die nationalen Grenzen noch nicht. Mein Vaterland muß größer sein, ich reise nach Brüssel. Sprachs und schon hatte ihn der Staatsanwalt beim Schlafsitzen. — Der Sozialdemokrat hatte sich sein Recht erkämpft.

### Politikalisches, Gerichtliches usw.

Wegen Verleumdung eines Baumeisters ist der verantwortliche Redacteur des „Hamburger Echo“, Genosse Wabersky, zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Der Obermeister der „Wahlhütte“, W. Zummert, hatte sich dadurch beleidigt gefühlt, daß das „Echo“ das nicht eingehaltene Versprechen der Meister einen Vortrag genannt hatte. Für das Urteil kam als Hauptgrund in Betracht, daß „kein rechtlich bindendes Versprechen“, den neunhündigen Arbeitstag bei 70 Pf. Stundenlohn einzuführen, vorgelegen“ habe und dem Angeklagten es offenbar darauf angekommen sei, dem Obermeister einen Hieb zu versetzen. Da die Angaben des Angeklagten im übrigen glaubhaft erschienen, sei auf eine so geringe Strafe erkannt worden.

Moralische Verbindlichkeiten scheinen in Hamburg keinen Kurs zu haben.

## Aus Industrie und Handel.

Der Gesamtabsatz der Syndikatskokeren betrug nach Mitteilung der „N. Westf. Zig.“ in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres 3,6 Millionen Tonnen gegen 4 150 691 Tonnen in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wühin stellt sich der Winderabsatz auf 19,25 Proz.

Zur Zahlungseinstellung der Bankfirma Ed. Koch & Nachf. Es ist schon verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß die Bank-Rückstellungen des letzten Jahres den Großbanken eine willkommene Gelegenheit geboten haben, ihren Geschäftskreis weiter auszuweiten, und daß die Krise die Konzentration im Bankfach noch mehr gefördert hat, als vorher die industrielle Aufschwungperiode. Einen neuen Veleg hierfür liefert die Liquidation des Bankhauses Ed. Koch & Nachf. in Dresden. Inerst schien es, als wolle die Deutsche Bank, die bekanntlich den größten Teil der Geschäftsverbindungen der früheren Leipziger Bank übernommen hat, auch die Regulierung der Verpflichtungen der Firma Koch übernehmen. Der Dresdener Bank muß dieses stetige Verbinden der Deutschen Bank in ihre Domäne aber doch wohl Anlaß

zu ersten Bedenken gegeben haben; denn, wie jetzt mitgeteilt wird, übernimmt nicht die Deutsche Bank, sondern die Dresdner Bank die Regulierung der Angelegenheit; ob infolge einer beiderseitigen Vereinbarung bleibt dahingestellt.

Die Dresdner Bank hat in den letzten Tagen den Status der Firma Ed. Rodsch Nachf. eingehend geprüft, und haben, wie es heißt, die gestern spät nachts beendeten Untersuchungen und Tagierungen das Resultat ergeben, daß nach vorsichtiger Schätzung die Aktiven die Passiven ganz wesentlich übersteigen. Demzufolge hat die Dresdner Bank sich bereit erklärt, die Angelegenheit zu regulieren und wird die Firma Rodsch sofort in Liquidation treten. Zu Liquidatoren wurden ernannt der eine Inhaber der Firma Herr Peter Spredels und als Vertrauensmann der Dresdner Bank Herr Justizrat Schubert. Die heute auf 11 Uhr einberufene Gläubiger-Versammlung ist infolge des gegenstandslos geworden, und die Firma Ed. Rodsch Nachf. wird, sobald das erlassene Verkaufsverbot aufgehoben sein wird, ihre Zahlungen wieder aufnehmen und alle Gläubiger voll befriedigen. Die Geschäfte der Firma gehen in der Hauptsache auf die Dresdner Bank über und haben bereits die Vereinigten Fabriken photographischer Papiere in Dresden, die Dresdner Albumpapier-Fabrik Akt.-Ges. in Dresden, die Akt.-Ges. vormalig Dr. Kurz in Bernigerode, die Akt.-Ges. vormalig Christensen in Berlin, die Mönchshofbrauerei in Rulmbach, die Erzeugnisse Dynamitfabrik Akt.-Ges. in Geyer und andre mehr zugelegt, ihre Geschäftsverbindung auf die Dresdner Bank zu übertragen.

Der Geschäftsbericht der Schudert-Gesellschaft, von dem nähere Aufschlüsse über die in der letzten Aufsichtsratsitzung angegebenen Verluste der Gesellschaft und ihre finanzielle Lage erwartet wurden, ist jetzt erschienen. Wie so manche andre Geschäftsberichte der letzten Zeit läßt auch er recht viele Fragen unbeantwortet und giebt nur ein mangelhaftes Bild des Standes der Gesellschaft. Unklar ist offen die gemachten Fehler, die Ausdehnungs- und Erweitungspläne sowie die übermäßige Beteiligung an den verschiedenartigsten Unternehmungen eingestanden, werden einfach, ohne daß die seltsame Bilanzaufstellung im Vorjahre näher erörtert wird, alle Verluste auf die Wirkung der Krise und den dadurch entstandenen Rückgang des Gesamtumsatzes des Hauptgeschäftes und seiner Zweigniederlassungen geschoben. Letztere, so heißt es im Bericht, betrug ca. 49 Millionen Mark gegen 72 Millionen Mark im Vorjahre oder, wenn die in diesen Ziffern enthaltene Abrechnung unserer Lieferungen an die Zweigniederlassungen abgezogen wird, 39 Millionen Mark gegenüber 59 Millionen Mark. Diese ungünstigen Umstände ließen sich durch Ersparnisse an Betriebs- und Verwaltungskosten nicht ausgleichen; denn in schlechten Zeiten erfordert die Erlangung von Aufträgen eine vermehrte Thätigkeit, so daß eine Verminderung des Personals nicht im Verhältnis zu den geringeren Geschäftsergebnissen erfolgen konnte. Infolge der Verminderung der Aufträge waren wir genötigt, im Laufe des vorigen Sommers zunächst mit der Zahl der Arbeiter zurückzugehen und im Winter auch noch die Arbeitszeit zu verkürzen. Nachdem im Frühjahr erst in einigen Werkstätten die normale Arbeitszeit wieder eingeführt worden war, ist dieselbe seit Pfingsten allgemein aufgenommen worden. Trotzdem schon bei der vorjährigen Bilanz auf die damals bestehenden Materialvorräte den Tagespreisen gemäß bedeutende Abschreibungen stattgefunden hatten, entstanden im Laufe des Geschäftsjahres erneute große Verluste, weil die Preise noch weiter zurückgingen und zudem erhebliche Abschlässe bestanden, die zu den Zeiten der Konjunkturfur unter den damaligen schwierigen Verhältnissen getrieben werden mußten. Bei der Aufarbeitung aber konnten alle diese Materialien nur zu Tagespreisen verwertet werden, und ebenso mußten bei der Inventur die noch unbenutzten Vorräte an Material, fertigen und halb fertigen Waren zu den gesunkenen Tagespreisen eingestellt werden. Der Verlust, welcher aus infolge dieser Konjunkturfur betroffen hat, befreit sich auf über eine Million Mark. Bei untern ausländischen Fabrikationsunternehmungen haben ähnliche Verhältnisse abgewaltet, so daß die meisten derselben im verfloffenen Geschäftsjahr ein Ertragnis nicht gebracht haben. . . . Infolge der Zweigniederlassungen haben zum erstenmale seit ihrem Bestehen einen Rückgang ihres Umsatzes zu verzeichnen, nämlich von 24,4 Millionen im Vorjahre auf 17,8 Millionen, und verhältnismäßig noch mehr hat sich das Reinertragnis gemindert; zwei derselben schlossen infolge von Ausfällen, die sie durch die Krisis erlitten hatten, sogar mit Verlust ab. Leider sind damit die Verluste untern Unternehmungen noch nicht erschöpft. Infolge der schweren Krisis sind eine ganze Reihe von Anlagen und Unternehmungen, an denen wir erheblich beteiligt sind, unter andern auch die Kontinentale Gesellschaft, ertragnislos geblieben.

Das Gewinn- und Verlustkonto zeigt folgende Posten: Die allgemeine Verwaltung hat erfordert 2541 922 M., das Zinsenkonto 1 899 868 M., Ausstellungenkonto 65 649 M., Abschreibungen 1 584 736 M., Die Kursverluste auf Effekten betragen 787 672 M., Verluste an Waare, Rohstoffen, Gasöl und bei zwei Zweigniederlassungen 1 769 741 M., Betriebsverluste der Centralen in eigener Verwaltung 138 909 M., Abschreibungen auf Effekten, Konfortabteilungen usw. 7 778 584 M., Vorkredite-Konto für Vorkredite 9 000 000 M., zusammen 24 840 979 M. Andererseits ergab sich ein Ertrag von 3 878 732 M., das Diskontokonto warf ab 18 240 M., so daß sich nach diesen Posten ein Verlust von 15 399 316 M. ergibt. Zu dieser Summe ist aber noch der im Vorjahre nicht verteilte, sondern neu vorgetragene Gewinn von 6 243 713 M. hinzuzurechnen, von dem an Zantienen und Stationen 684 023 M. abgehen, also 5 549 690 M. verbleiben. Der Gesamtverlust stellt sich demnach auf beinahe 21 Millionen Mark.

Zur Deckung des Verlustes von 15 399 316 M. beantragt die Verwaltung, diesen Betrag dem Reservefonds von 16 711 993 M. zu entnehmen, der dadurch auf 1 312 677 M. heruntergebracht wird.

Verkehr im Kaiser Wilhelm-Kanal. Nach der statistischen Zusammenstellung haben in den sechs vollen Betriebsjahren vom 1. Juli 1895 bis 30. Juni 1901 den Kaiser Wilhelm-Kanal 145 159 Schiffe mit insgesamt 17 450 609 Netto-Registertons passiert, wofür 9 078 621 Mark Gebühren gezahlt wurden. Es passierten nämlich: Schiffe mit R. M. T. u. M. Gebühr

1895/96	16 834	1 507 983	888 780
1896/97	22 081	2 039 861	1 047 900
1897/98	23 149	2 648 347	1 363 085
1898/99	26 254	3 205 855	1 734 179
1899/1900	30 527	3 703 574	1 894 069
1900/01	30 314	4 347 989	2 149 708
Zusammen	145 159	17 450 609	9 078 621

Danach hat sich im sechsten Betriebsjahre die Zahl der Schiffe um 80 Proz., die Zahl der Netto-Registertons um 188 Proz. und der Betrag der Gebühren um 142 Proz. gegen das erste Betriebsjahr gehoben. Allerdings blieben in dem letzten Jahre (1900/01) die passierten Registertons hinter dem veranschlagten vollen Verkehr von 5,5 Millionen noch um etwa 21 Proz. zurück und deckten die Einnahmen noch nicht ganz die Verwaltungs- und Betriebsausgaben. Für das siebente Betriebsjahr, das mit dem 30. Juni beendet hat, liegen noch keine abschließenden Zahlen vor, doch wird, nach den Ergebnissen der ersten drei Quartale zu urteilen, der Verkehr etwas hinter dem des Jahres 1900/01 zurückbleiben.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Elektromonteur-, Bauhandwerker!** Die gestrige Notiz über die Einigungsverhandlungen zwischen den Elektromonteuren und der Firma Paul Hardagen u. Co. vor dem Gewerbegericht könnte den Eindruck erwecken, als ob durch den erfolgten Schiedsspruch die Angelegenheit endgültig erledigt sei. Dies ist nun keineswegs der Fall. Die Arbeitnehmer haben sich diesem Schiedsspruch gefügt und bleibt abzuwarten, ob auch der Arbeitgeber die Hand zum Frieden bieten wird. Die Lokalkommission.

**Ristenmacher!** In der Fabrik von Findeisen Nachf. S. Laks, haben sämtliche Kollegen infolge der vom Geschäftsinhaber gestern im „Vorwärts“ bekannt gegebenen Urlassen die Arbeit niedergelegt. Das sind die Differenzen, von denen der Herr behauptet, sie beständen nicht. Zugang von Holzarbeitern und Maschinenarbeitern ist fernzubehalten. Die Lokalkommission.

**Centralverein für Arbeitennachweis zu Berlin.** Bericht über den Geschäftsbetrieb im Monat Juli 1902:

ungeleitete Arbeiter	Maler	Schloffer	Klempner	Tapezierer	Weißb. Arbeiter	insgesamt	
Eingeführte, arbeitssuchende Pers.	2094	974	885	145	119	263	3890
Von Arbeitgebern verl. Arbeitskräfte	1639	1432	208	82	100	258	3715
Zu Arbeit gebrachte Personen	1539	1131	188	79	89	188	3214

### Deutsches Reich.

**Zur Aussperrung im Hamburger Baugewerbe.** Noch immer haben die Mitglieder der Innung „Baubütte“ nicht aufgehört, unter Zurücksetzung der einzelweiligen Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer fremde Gesellen und Hilfsarbeiter einzustellen. Auch dem Centralverband nicht angehörige Arbeiter werden den Organisierten überall von dem Bureau der Innung vorgezogen. Trotzdem verlangt man von der Gesellschaft, daß diese mit gebundenen Händen diesem Treiben zuschaut. An den Mitgliedern E. Henze ist folgendes Schreiben ergangen: „Nachdem Ihnen der Beschluß der Innung vom Sonntag, den 26. Juli d. J., übermittelt ist und die selbstverständliche Einziehung der Agitationsmaßnahmen seitens der Gesellschaftsmitglieder hier und auswärts bisher nicht erfolgte, eruchen wir Sie, nunmehr solches sofort zu veranlassen. Achtungsvoll W. Lummert, Obermeister.“

Die „Agitationsfähigkeit der Gesellschaften“ richtet sich einzig und allein darauf, daß Zugang von außen ferngehalten wird, weil in Hamburg noch mehrere Hundert Bauhandwerker trotz offizieller Aussperrung der Aussperrung noch nicht wieder eingestellt sind. Wenn der Innung diese „Agitationsfähigkeit“ unangenehm ist, so muß sie doch wohl ein Interesse daran haben, daß noch weiter fremde Gesellen nach Hamburg gezogen werden. Die in dem mitgeteilten Schreiben beregte Frage würde sich am einfachsten regeln, wollte die Innung anstatt der fremden Streikbrecher einzelweilige Gesellen einstellen.

### Unterstützungskasse für Partei- und Gewerkschafts-Angestellte.

Der Stuttgarter Gewerkschafts-Kongress hatte sich befaßt mit der Errichtung einer Unterstützungskasse für die Gewerkschafts-Angestellten einverstanden erklärt. Die Grundzüge über Art und Höhe der Unterstützungskasse bei Invalidität und Todesfall festgelegt und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beauftragt, mit dem Verein „Arbeiterpresse“ sich ins Einvernehmen zu setzen, da für den Verein „Arbeiterpresse“ eine auf gleicher Grundlage ruhende Unterstützungskasse bereits seit 1. April besteht.

Vorigen Sonntag hat nun in Hamburg die Konferenz zwischen dem Vorstand und Ausschuss des Vereins „Arbeiterpresse“ und der Generalkommission der Gewerkschaften stattgefunden und zu einem vollbefriedigenden Ergebnis geführt. Der Sitz der Unterstützungskasse wird Berlin werden, wofür nach dem Stuttgarter Beschluß mit Beginn des nächsten Jahres die Generalkommission übertrifft.

Veltrrittsberechtigt zur Unterstützung-Versicherung sind die Redactoren der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterpresse, die Expeditions- und Buchhandlungs-Angestellten derselben, ihre Geschäftsführer, die Arbeitervertreter, die für die Arbeiterpresse thätigen freien Schriftsteller und berufsmäßigen Berichterstatter sowie die Angestellten der beruflichen freien Central-Strassenkassen, die im Sinne der modernen Arbeiterbewegung gegründet worden sind.

**Schuhmacher!** Die Firma Oberle u. Treibmann in Dresden endlich, wie man uns telegraphisch mitteilt, wegen ausgedehnter Differenzen 50 Schuhmacher.

**Achtung Holzarbeiter!** In der Nr. 171 des „Vorwärts“ steht in kurzen Worten, daß der Ausstand der Holzarbeiter in Zeulenroda beendet sei. Jedoch ist dem nicht so, der Streik dauert noch so lange fort, bis eine Einigung in allen Punkten der gestellten Forderungen erzielt ist. Eine Einigung ist bis jetzt erst in einem Punkt abgeschlossen. Am 31. Juli wurde das Gewerbegericht zum zweitenmale als Einigungsamt angerufen und wird voraussichtlich im Laufe dieser Woche eine weitere Verhandlung stattfinden. Bis auf weiteres eruchen wir, den Zugang nach hier streng fernzubehalten. Die Lokalkommission.

**Seizungsmonteur!** Bei der Firma Körting in Hannover wurden nach Vorstelligwerden der Arbeiter die Abzüge zurückgenommen.

### Die Verwaltungsstelle Hannover des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

**Aussperrung christlicher organisierter Arbeiterinnen.** In Eupen (Belgien) hat die Cigarrenfabrik von Koch-Veder ihre sämtlichen Arbeiterinnen — sie beschäftigt keine Arbeiter — ausgesperrt. Die Arbeiterinnen, 50 Sortierinnen und Cigarrenarbeiterinnen, sind sämtlich in christlichen Tabalarbeiterverband organisiert. Die Firma verlangt, daß die Arbeiterinnen aus der Organisation treten sollen, und verweigert nun, von Baden Streikbrecher heranzuziehen oder dort ihre Waren herzustellen zu lassen, doch ist ein Vertreter des christlichen Verbandes ihm stets auf den Fersen, um diese Absicht zu vereiteln.

Wieder ein Beispiel dafür, daß auch die sonstmüßigen christlich organisierten nicht sicher sind vor der Willkür der Unternehmer, und daß sich die Gewerkschaften auch durch das neutralste Verhalten, sofern sie nur ernsthafteste Gewerkschaftsarbeit leisten wollen, das Entgegenkommen der herrschenden Massen nicht erlangen können.

### Ausland.

**Der norwegische Maler-Verband** hielt seine 4. Landesversammlung vom 26.—28. Juli zu Sandnessjøen ab. Der Verband, der jetzt 10 Abteilungen zählt, hat in den letzten beiden Jahren mehrere Erfolge erzielt. Mit der Begründung, daß nur durch gewerkschaftliche und politische Organisation die Herrschaft des Kapitalismus gebrochen werden kann, empfahl die Landesversammlung den Abteilungen den Anschluß an die socialdemokratische Partei.

**Die italienischen Bauarbeiter,** vor allem die Maurer, arbeiten ständig an der Verbesserung ihrer materiellen Lage; Maurerstreiks sind in jedem Frühjahr in allen größeren Städten an der Tagesordnung. In Florenz hat soeben ein Maurerstreik nach sechs-wöchentlicher Dauer mit einem vollkommenen Siege der Arbeiter geendet. Wie gering die Bezahlung der Maurer im allgemeinen noch ist, erweist man aus den Forderungen, die gewöhnlich aufgestellt werden. So sind jetzt die Maurer von Carlo Fiorentino in den Streik eingetreten. Sie verlangen für die ersten 15 Stunden 35 Centimes (28 Pf.) pro Stunde, für die andern 28 und 32 Centimes, für die jugendlichen 16 Centimes pro Stunde. Sodann verlangen sie die Arbeitszeit, je nach der Jahreszeit, auf 8 beziehentlich 9 und 10 Stunden festgesetzt.

## Gewichts-Beitrag.

Auf eine angebliche Spekulation mit Boeren-Pfinten bofferte der Agent und Kommissionär Georg Wagen seine Hochstapelien, die demselben unter der Anlage des Betruges heute vor die erste Ferienkammer am Landgericht II führten. Der Angeklagte wohnte mit seiner Ehefrau bei einer Frau Krämer in Charlottenburg. Durch seine Wittin lernte er eine Frau Ehrenberg kennen. Als seine Ehefrau geisteskrank wurde und in eine Irrenanstalt gebracht werden mußte, ließ er sich von Frau Ehrenberg zweimal 500 Mark unter dem Vorgeben, er werde ihr sehr Mobiliar verpfänden, tatsächlich gehörte

das Mobiliar nicht ihm, sondern seiner Ehefrau, die mit ihm außer Gütergemeinschaft lebte. Später bogte er der Frau E. noch weitere 2700 M. unter der falschen Vorpiegelung ab, er habe ein großes Geschäft in Aussicht. Mit der holländischen Firma Bogen u. Jansen wollte er Gewehre nach Südafrika bringen. Die Pfinten würden in Deutschland für fünf Mark pro Stück gekauft und an die Boeren für 30 Mark das Stück verkauft. Er benutzte das erbetene Geld als Einlage in das Geschäftsunternehmen und wollte sich den ganz bedeutenden Gewinn, der in Aussicht stehe, nicht entgehen lassen. Frau Ehrenberg glaubte diesen falschen Vorpiegelungen um so mehr, als es gerade zu der Zeit war, als die Boeren die ersten Niederlagen erlitten hatten, und gab das Geld her. In gleicher Weise und unter denselben falschen Vorpiegelungen lockte er dem Kaufmann Kirchner 2300 M. ab. Hier berief er sich auch noch auf den Kommerzialrichter in Kamur, der ein naher Verwandter von ihm sei und ihm 10 000 M. schuldig sei, die demnächst fällig würden. Als Wagen das Geld hatte, verduftete er nach Belgien, wurde aber nach längerer Zeit in Deutschland, als er heimlich dorthin zurückkehrte, verhaftet. Wie in der Hauptverhandlung hat der Angeklagte während der ganzen Voruntersuchung behauptet, das Geschäft mit den Boeren-Pfinten sei durchaus ernst gemeint gewesen, es habe sich allerdings später zerlegt, aber lediglich aus politischen Gründen. Mit Hilfe des auswärtigen Amtes hat die Staatsanwaltschaft in ganz Holland und Belgien nach der Firma Bogen u. Jansen recherchiert, eine Firma dieses Namens, die mit dem Angeklagten in Verbindung gestanden hätte, ist nicht zu ermitteln gewesen. Wegen der ersten beiden Fälle erfolgte Freisprechung, weil Frau E. schließlich doch das Mobiliar erhalten hat, im übrigen erfolgte Verurteilung zu sechs Monaten und einer Woche Gefängnis.

## Aus der Frauenbewegung.

**Weibliche Stationsvorsteher in Deutschland.** Am Montag fand die Einweihung der Restitute Silberberg-Mittelsteine der Eulengebirgsbahn statt. Auf dieser neuen Bahn sind eine Anzahl weiblicher Stationsvorsteher angestellt, z. B. waltete am Montag in Nieder-Petersdorf eine von ihnen ihres Amtes. Die Bahn ist Aktiengesellschaft, an der Einweihung nahmen die staatlichen Eisenbahnbehörden teil.

## Versammlungen.

**Eine öffentliche Väterversammlung** tagte am Dienstag nachmittag im alten Schützenhaus, Linienstraße 5, und befahte sich zunächst mit dem Plan der Berliner Innungen, ein eigenes Einigungsamt zu errichten. Der Referent Heyshold erinnerte daran, daß gerade die Innungsmeister im Widergewichte es sich angelegen sein lassen, diejenigen Gesellen außer Arbeit zu bringen, die irgendwie für die Kollegenchaft eintreten, um Mißstände in den Betrieben zu beseitigen, ja, auch nur ihre eigenen einschüchtern Menschenrechte zu wahren suchen. Darum könne die Interessenvertretung der Gesellen in den Innungen und den mit ihnen zusammenhängenden Institutionen nie voll zur Geltung kommen und ein Einigungsamt der Innungen müsse von vornherein als parteiisch angesehen werden. Der Redner verlas hierauf die kürzlich in der Versammlung der Gesellenauschüsse zu dieser Frage gefasste Resolution, die nach kurzer Diskussion einstimmig von der Versammlung gutgeheißen wurde. — Sodann berichtete Paris über die am 13. Juli vom Gewerkschaftsamt und den organisierten Vätern in Niddorf veranstaltete Kontrolle der Bäckereien und hob besonders auch die Thatsache hervor, daß in denjenigen Betrieben, wo die Arbeitszeit nicht eingehalten wird, in der Regel auch die kraftlose Lehrlingszucht betrieben wird. Wie wenig die polizeiliche Kontrolle zur Durchführung der gesetzlichen Bestimmung bisher ausreichte war, bewies am besten die Thatsache, daß in einem Hause die Polizeibeamten von ihrem Revierskolle einm das Gesetz missachtenden Bäckermeister direkt in die Backstube blicken können, ohne daß sie bis dahin etwas Unrechtes bemerkt hätten. Die bessere Kontrolle hat nun bereits die gute Folge gehabt, daß jetzt sämtliche arbeitssamen Väter Niddorfs zu Ausschüssen herangezogen werden. — Folgende Resolution wurde hierzu einstimmig angenommen: Die Versammlung erklart in den Feststellungen des Niddorfer Gewerkschaftsamt, wonach in mehr als 60 Prozent aller Niddorfer Bäckereien die Arbeitszeit-Bestimmungen nicht eingehalten werden, einen Beweis für die äußerst mangelhafte Kontrolle der dortigen Polizeibehörde. Die Versammlung erwartet nunmehr von dem Berliner Polizeipräsidenten, daß er baldigst für eine strenge Durchführung der zum Schutz der Bäckerei-Arbeiter erlassenen Bestimmungen Sorge tragen werde. Dem Niddorfer Gewerkschaftsamt spricht die Versammlung für die freiwillig aufgelegte Mühe Anerkennung und Dank aus.

**Centralverband der Konditorgehilfen und verwandten Berufs-genossen.** Mittwoch, den 6. August, abends 8½ Uhr, bei Feine, Linienstraße 56, Mitglieder-Versammlung. Referat des Genossen Heyshold über „Rechte und Pflichten der Gesellenauschüsse.“

**Lezte Nachrichten und Depeschen.** **Wilhelm II. in Neval.** Neval, 5. August. (W. T. B.) Der Kaiser traf heute nachmittag in dem Hafen von Neval ein. Der Bürgermeister überreichte Brot und Salz. Hierauf fuhr der Kaiser durch die geschmückte Stadt. Gegen 6 Uhr abends lehrte der Kaiser an Bord des „Standart“ zurück.

**Der Schiffahrtsdruck.** London, 5. August. (W. T. B.) Unterhaus. Bei der Beratung des Berichtes über den Kredit von 7 765 000 Pfund Sterling für den Bau neuer Schiffe wies Edmund Robertson auf den Atlantischen Schiffstruck und auf das Angebot Wierpout Morgans hin und führte aus, eine auswärtige Gesellschaft sei jetzt Eigener der White-Star-Linie und Wierpout Morgan habe eine Ergänzung der englischen Marine durch Handelskreuzer für die nächsten 50 Jahre angeboten; er hoffe, die Regierung werde nicht früher einen endgültigen Vertrag abschließen, bis das Haus Gelegenheit habe, denselben in Erwägung zu ziehen. Unterstaatssekretär Arnold Forster erwiderte, daß die Admiralität sich nicht durch das Versprechen irgend eines Ausländers gebunden habe. Die Subventionen, zu deren Zahlung die Admiralität sich verpflichtet habe, werden bezüglich solcher Schiffe gezahlt werden, über welche die Admiralität die volle Kontrolle während der Dauer der Zahlung der Subventionen habe. Der Bericht wurde darauf angenommen.

**Oberwölbe, 5. August.** (Privatdepesche.) Bei der heutigen Stadtverordneten-Versammlung erhielt der socialdemokratische Kandidat Fellwors 347, der Freisinnige 241, der Konservative 214 Stimmen. Mitin muß Stichwahl zwischen untern Partei-genossen und dem Freisinnigen stattfinden.

**Kaiserslautern, 5. August.** (W. T. B.) Die „Pfälz Volksztg.“ meldet: Die heutige Delegierten-Versammlung des bayerischen Lehrer-Verbandes beschloß mit großer Majorität den Anschluß an den deutschen Lehrerverein.

**München, 5. August.** (W. T. B.) Der Finanz-Ausschuss der Abgeordnetenkammer lehnte wiederum die von der Kammer der Reichsräte hergestellten Forderungen für Kunstzwecke im Kultus-Etat ab.

**Triest, 5. August.** (W. T. B.) Die freilebenden Kaffeehaus-Kellner haben beschlossen, von morgen ab die Arbeit mit den bisherigen Bedingungen wieder aufzunehmen.

**Wrag, 5. August.** (W. T. B.) Im Marienschacht zu Oberleutenndorf fand ein großer Wassereintruck statt. Die aus 70 Mann bestehende Delegation konnte sich nur mit Mühe retten, ein Bergmann wird vermisst.

**London, 5. August.** (W. T. B.) Nach einer bei Lloyd's eingegangenen Depesche hat in Hongkong ein Orkan gewüthet und an den dort liegenden Schiffen Schaden angerichtet.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Zölle auf Metalle.

97. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 5. August.

Zunächst sind noch drei Positionen von den Eisenzöllen zu erledigen. Position 841, Nadeln, legt auf Nadeln, auch mit vergoldeten Enden 60 M., auf Näh-, Strick-, Stid- und Wickmaschinen-

nadeln 200 M., auf Kragen-, Spid- und andre Nadeln, auch Angelhaken 80 M. Zoll.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Gothein beantragt 60, 24 und 15 M.; Spahn dagegen 200, 1000 und 80 M.

Spahn begründet seinen Antrag damit, daß auf einen Doppelcentner über 1 Million Nadeln gehen, der höhere Zoll also gegenüber der Menge gar nicht ins Gewicht falle. Die Interessenten wünschten höhere Zölle, man könne ihnen entgegenkommen.

Gothein hebt die starke Ausfuhr hervor, die die Einfuhr um das 110fache übersteige. Besonders wachse die Ausfuhr nach Amerika. Leghin habe der Handelsminister gesagt, es scheine sich im freihändlerischen England ein Umschwung vorzubereiten zum Schutzzoll-System. Das sei bedauerlich, aber nicht verwunderlich, wenn Deutschland, das zweitgrößte Industrieland, seine Zölle immer höher schreibe. Bezüglich dieser Position falle dabei auf, daß die Thüringer Nadelhersteller radikale Freihändler seien. Es sei verlorene Liebesmühe, wenn man glaube, diese Position als ein handelspolitisches Objekt betrachten zu können. Schließlich führe dieses System zu einem Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten. Die Spahn'schen Forderungen seien unannehmbar.

Speck (Centr.) beantragt zu 841 Spidnadeln 20 Mark und belämpft die Spahn'schen Anträge. Was es mit den Ansätzen der Sachverständigen auf sich habe, das zeige die Behauptung, daß Deutschland mit Nadeln usw. vom Ausland überschwemmt werde. Die Ausfuhr sei überwältigend. Der hohe Zoll sei durch nichts gerechtfertigt.

Stadthagen: Wichtig sei, das in früherer Zeit die Handarbeit für Nadeln viele Arbeiter beschäftigt habe, aber heute nicht mehr — das war einmal. Heute werde alles durch Maschinen gemacht, sogar die Verpackung von Nadeln. Es seien nicht mehr 80, sondern nur zwei Hände zur Herstellung der Nadeln nötig. Spahn irre also, wenn er meine, der Zollschutz komme vielen Arbeitern zu gute. Redner weist statistisch die sinkende Zahl der Arbeiter und ebenso das Sinken der Löhne in dieser Industrie nach. Demgegenüber erweise die Zollherhöhung des Spahn'schen Antrages schematisch. Väterlich sei die Behauptung von der Ueberflutung Deutschlands mit ausländischen Nadeln. Die Kammer Handelskammer könne gar kein statistisches Material zu bestreiten. Sie könne bei welchem Massenexport davon geredet werden? Gothein habe recht: Wenn unsere Zölle gesteigert werden, müsse das zu einem Rückschlag führen; besonders komme dabei England in Betracht. Man verteuere durch den Zoll der armen Arbeiter die Nadeln. Die Schneiderei werde durch den Zoll geschädigt. Alle Gründe sprächen gegen den Zoll.

Geheimrat v. d. Vorhoff polemisiert gegen die Ausführungen Gothein's und Stadthagen's und erklärt, richtig sei, daß die Thüringer Nadelhersteller freihändlerisch gesinnt seien, aber Thüringen sei nicht der Hauptort der Industrie. Eine Zollherhöhung, wie im Antrag Spahn's, sei nicht erforderlich.

Spahn setzt die Zollsätze seines Antrages auf 100 resp. 500 und 50 M. herab.

Gothein ändert ebenfalls seinen Antrag, indem er Stednadeln besonders mäßigert und 24 M. Zoll dafür aufsetzt.

Weumer meint, man müsse die Nadelindustrie auch mit solchen Zöllen schützen, wie es das Ausland thue. Deutschland sei nicht das Kornfeld, das angefangen habe. Die Statistik bezüglich der Einfuhr scheine nicht richtig zu sein, er vermute, es würden in Briefen mehr Nadeln von Amerika eingeführt.

Ein Schlussantrag wird angenommen.

Zu Position 841 wird folgender Antrag Spahn angenommen: Nadeln: Nähnadeln 100 M., Nähmaschinen-, Strickmaschinen- und Wickmaschinenadeln 500 M., Stednadeln (auch mit Glasköpfen), andre Nadeln, sowie Angelhaken 50 M.

Position 842, Eisenband und Stahlspäne 6 M., wird mit 843, Eisenabfälle, Bruchstücken, Späne 1 M., Glühspan, Schliff zc. — frei, verbunden.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein beantragt zu 842 — 1 M.

Mollenhuth tritt für Zollfreiheit ein, da gerade arme Leute die Käufer von Stahlspänen seien. Es liege kein Grund für den Zoll vor.

Der Antrag Gothein zu 842 wird angenommen; 843 erledigt sich durch frühere Beschlüsse.

Die Anmerkungen 1 und 2 zu Abschnitt 17A werden nach der Vorlage angenommen; zu Anmerkung 3 stellt Gothein mehrere Anträge, die abgelehnt, und die Anmerkung unter Streichung des Wortes dreifachen nach der Vorlage angenommen, ebenso die Anmerkung 4 und 5; zu Anmerkung 6: Statuen mindestens in natürlicher Größe werden, sofern sie Kunstgegenstände sind, zollfrei abgelassen — beantragen die Sozialdemokraten die Worte: mindestens in natürlicher Größe — zu streichen.

Mollenhuth bemerkt, daß es zolltechnische Schwierigkeiten bereite, nur in natürlicher Größe Statuen zollfrei zu lassen, es müßten dann schon Messungen nach dem Verhältnißsystem vorgenommen werden. Eine Statue des berühmten Malers Raphael dürfe in mehr als natürlicher Größe kaum die Zollbarre passieren; welches sei die natürliche Größe eines Zeus, oder von Nigen und Centauren oder Giganten oder Tierfiguren? Eine Nachbildung der Peterskirche könne doch nicht in natürlicher Größe erfolgen, wie es die Anmerkung um der Zollfreiheit willen vorschreibe.

Geheimrat Wan erklärt, die Bestimmung sei so aus dem alten Tarif übernommen, die Zollbeamten würden sich zu helfen wissen. Die Anmerkung wird nach der Vorlage angenommen.

Unterabschnitt B, Aluminium und Aluminiumlegierungen.

Zu Position 844, Aluminium roh — frei, stellt Arendt den Antrag, einen Zoll von 6 M. einzusetzen, zieht aber nach Begründung seines Antrages denselben zurück, da er keine Unterstützung in der Kommission findet.

Verbinden werden die Positionen 845—847 und 849, Aluminium-Waren; für Bleche, Stangen, Tafeln — 845 — sind 12 M., für 846, Draht, rund, in der Stärke von mehr als 05 Millimeter 12 M., weniger als 5 Millimeter 50 M., für 847, geglättet oder geformt 50 M., für 849, andre Waren, 60 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein beantragt zu 844/47 einen Einheitszoll von 12 M.

Stadthagen weist darauf hin, daß bezüglich dieses Metalls eine völlige Umwälzung im Gange sei, so daß ein Zoll nur verunsichert wirken könne. Die Aluminiumindustrie wolle bis auf eine Fabrik keinen Zoll. Dem Abg. Arendt sei wohl um ebenso klar geworden, wie es den andern Mitgliedern der Kommission klar war, daß der Zoll fortwährend wirken würde, sonst hätte er seinen Antrag nicht zurückgezogen. (Heiterkeit.) Durch den Zoll werde auch der Reichetat belastet, da besonders für das Reichsheer Aluminium verwendet werde.

Regierungsrat Martin tritt für die Vorlage ein.

Die Position 845 wird nach der Vorlage angenommen; ebenso 846, 847 und 849 nebst Anmerkung.

Unterabschnitt C, Blei und Bleilegerungen.

Die Positionen 850—854 werden verbunden. 850, Blei, roh — frei; 851, Blei, gewalzt zc. Fensterblei 3 M.; 852, Draht 6 M.; 853, Druckplatten zc. und Buchdruckstifte 3 M.; 854, Bleiwaren 6 M., vergütet 24 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Arendt beantragt zu 850: Werkblei, Bruchblei, Abfälle — frei; Blei, roh 1 M.

Gothein wendet sich gegen den Antrag Arendt, der die Bleiwaren-Industrie belaste. Die Entwicklung der Industrie erfordere eine stärkere Einfuhr von Rohblei. Nur 13 Betriebe kämen in Betracht, die für den Bleizoll interessiert seien, aber die Ausfuhr von Bleiwaren überwiege weit die Einfuhr, man dürfe den Export nicht beeinträchtigen. Auch die Ammitionsfabriken hätten Schaden von dem Zoll. Nach jeder Richtung seien die Zölle schädlich, er ersuche um Zollfreiheit.

Arendt begründet seinen Antrag. Geheimrat Vermuth bemerkt, es sei von keiner Seite der Regierung eine Anregung gegeben worden zu einem Bleizoll. Die Konjunktur sei unverändert, die Erzeugung von Blei gestiegen.

Unterstaatssekretär v. Fischer: Im Reichshauptamt sei in keinem Stadium der Beratung des Zolltarifs ein Zoll auf Blei in Frage gekommen.

Gothein beleuchtet die egoistischen Absichten der Blei-Interessenten, die Werkblei zollfrei haben wollen, weil das wertvoller für sie sei. Als Kompensationsobjekt komme Blei nicht in Rechnung.

Gandelsminister Möller giebt zu, daß Bleiwerke in den letzten Jahren mit Verlust gearbeitet hätten, aber die Konjunktur eröffne günstigere Aussichten.

Waf König: Das Deutsche Reich stehe mit seiner Zollfreiheit auf Blei isoliert unter allen Staaten. Redner erörtert die betreffenden Zollverhältnisse anderer Staaten. Redner will für den Arendt'schen Antrag stimmen.

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen.

Unterabschnitt D, Zink und Zinklegerungen.

Zink, roh, Position 855, frei; 856 Zinkblech, roh, mehr als 0,25 Millimeter stark 3 M., weniger feine als 0,25 Millimeter 4,50 M.; 857, abgeschliffen 5 M.; 858, Draht 6 M.; 859, Zinkwaren, grobe, 6 M., freie 24 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Arendt beantragt zu 855, Bruchzink, Schliff, Hartzink, Zinkstaub — frei; Rohzink in Blöcken, Tafeln, Klumpen, Scheiben, Tropfen — 1 M.

Gothein beantragt: 856/57 in eine Nummer zu fassen und einen Zoll von 3 M.

Mollenhuth hat an der Motivierung der Vorlage für Rohzink Freude gehabt; die Motive seien auch für Eisen zutreffend. (Arendt: Sehr richtig!) Der Centralverband deutscher Industrieller habe kritisch eine Bemerkung einer Petition hinsichtlich der Preisangabe übernommen, die ganz falsch sei. Redner weist dies an Zahlen nach. Auch werde in der Petition des Centralverbandes Amerika als Schutzzollgebiet hingewiesen, das sei völlig grundlos. Ferner behaupte diese Petition, die sozialpolitischen Schutzvorschriften verurteilten der deutschen Zinkindustrie hohe Kosten, die in Belgien nicht aufgewendet würden, mangels derartiger Schutzvorschriften. Auch das sei unklar. Redner weist auf die belgischen Schutzvorschriften hin. Deutschland sei ein starker Zinkverbraucher, man schädige es also, wenn man den Rohstoff durch den Zoll verteuere. Dann würden die belgischen Löhne angezogen, nicht aber die höheren amerikanischen. Er, Redner, halte die Konkurrenz der Länder für am gefährlichsten, die hohe Löhne zahlten. (Widerspruch.) Redner weist auf die Spinnerlöhne in England gegenüber denen in Deutschland hin. Und gerade die englische Konkurrenz werde von den deutschen Spinneuren am meisten gefürchtet, wie man bei den Garzzöllen von den Interessenten in der Kommission hören konnte. Das Kunstgewerbe, das sich des Zinks immer mehr bediene, sollte man stützen und es nicht durch tarifliche Fördernde Zölle bedrohen. Die chemische, die elektrische Industrie verarbeiteten Zink, man solle ihnen die Arbeit nicht erschweren; die Zölle auf Zinkwaren ersuche er abzulehnen.

Arendt stimmt dem Vordränger darin zu, daß die Gründe der Vorlage ebenso schon für Eisen gälten, aber die Zollfreiheit für Zink sei eben eine Inkonsequenz im Tarif. Redner verteidigt seinen Antrag. Er werde sich nicht auf die gestrige Petition berufen, obgleich es richtig sei, was die Petition bezüglich der Preise anführe.

Gothein: Deutschland sei außer Stande, den Bedarf an Zink zu decken, der Zoll andere gar nichts daran. Allerdings sei eine Preistreibeerei vorgekommen durch das Kartell, der Rückschlag sei natürlich nicht ausgeblieben. Ueber die Rentabilität der Zinkwaren-Industrie in Deutschland könne man befriedigt sein. Die Ausfuhr sei mehr als hundertfach größer, als die Einfuhr, ein Schutz sei also nicht nötig.

Geheimrat Vermuth bestätigt die Steigerung der Produktion des Inlandes und wendet sich gegen den Arendt'schen Antrag. Hier hinfür die Ausfuhr gingen nach Ländern mit Zollfreiheit.

Franken wendet sich gegen die Arendt'schen Ausführungen und beruft sich auf die nötige starke Einfuhr.

Position 855 bleibt zollfrei; die übrigen Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

Schluss 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 9 Uhr.

Sociales.

Ein neuer Kämpfer gegen die Ausbeutung.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“, gedruckt in der Druckerei der „Post“ und redigiert von dem belanteten Galziger, blafen zur Abwechslung mal eine andre Färbung; sie entrüsteten sich über die Kinder-

ausbeutung — in England. Sie schreiben: Ueber den Umfang der Kinderarbeit in England finden sich in einem offiziellen Berichte des Home Office bemerkenswerte Angaben. Danach leisten 300000 Kinder neben ihren täglichen Unterrichtsstunden eine wöchentliche Arbeit von 20 bis zu 72 Stunden; das bedeutet also, wenn man die durchschnittlich fünfstündige tägliche Schulpflicht der Tagesarbeit hinzurechnet, im Maximalfalle eine tägliche Arbeitsdauer von 17 Stunden für schulpflichtige Kinder!

Von diesen im Alter zwischen 11 und 14 Jahren stehenden Kindern arbeiten 45000 in Fabriken und öffentlichen Werkstätten, 50000 in landwirtschaftlichen Betrieben, 100000 sind in Geschäften und Warenhäusern, 15000 bei der Hausarbeit, 25000 als Laufburschen und 40000 als Zeitungsvendler beschäftigt. Und das ist möglich trotz der gesetzlichen Bestimmung, daß die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren mit gewerblicher Arbeit mindestens an einem Tage der Woche nicht statthaft sein soll!

Man halte aber diese Entzückung ja nicht für den Einfluß einer plötzlichen über Schwereingung gekommenen ausländischen Bestimmung oder sozialpolitischen Einsicht. Wer sich in Deutschland über Kinder-

ausbeutung entrüsten will, hat dazu im eignen Hause reichlich Gelegenheit. Gibt es doch bei uns außerhalb der Fabriken überhaupt noch keinen Schutz für Kinder, und wenn wir demnach wirklich ein solches Schutzzgesetz bekommen sollten, so wird es die Millionen armer Kinder, die in der Landwirtschaft und bei der Hausarbeit ausgebeutet und körperlich und geistig verkrüppelt werden, dennoch unberührt lassen. Der Herdenschuh aus dem Schweinburg auch nur allzu deutlich aus den folgenden Sätzen: „Der Bericht des Home Office bedauert diese offenstehliche Gesetzeslücke, erklärt sich aber außer Stande, dagegen einzuschreiten, ohne die sowohl durch die allgemeine wirtschaftliche Lage wie auch durch die sozialdemokratischen Ver-

hältnisse, besonders für jugendliche und ungelernete Arbeiter, eingetreten. So sind die Lohn-Minimalhöhe in England ganz wesentlich geringer als in irgend einem der bedeutenderen kontinentalen Industriestaaten Europas, und dieser Tatsache sollten sich auch die deutschen Arbeiter bewußt stellen, wenn ihnen die sozialdemokratischen Machthaber und Diktatoren die Lage der englischen Arbeiterschaft bezüglich der Lohnfrage als anzustrebendes Muster vorgehalten und die naive Vertrauensseligkeit ihrer Gläubigen benutzten, um England als das Dorado der arbeitenden Klassen abzukündern!“

Eine jämmerliche „Arbeitsorganisation“, die nur noch bestehen kann durch eine Ausbeutung von Kindern, die selbst im Bourgeoisstaate ungeheuerlich ist! Da wird hoffentlich Schweinburg jetzt mit uns dafür eintreten, daß schämevollst eine sozialistische Arbeitsorganisation an Stelle der kapitalistischen tritt. Diese bedarf keiner Kinder-

ausbeutung zu ihrem Bestehen. Um so sicherer dürfen wir auf diese zwar nicht sehr saubere aber doch vielleicht nützliche Bundesgenossenschaft hoffen, als es ja in Deutschland notorisch noch schlimmer ist. Wir wissen nicht, wo Schweinburg die Kenntnis her hat, daß die Minimallohnhöhe in England noch geringer sind wie in Deutschland. Wichtig oder nicht: es kommt nichts darauf an. Die Durchschnittslöhne sind in England wesentlich höher wie in Deutschland und infolge der billigen Lebensmittel, die dem englischen Arbeiter durch keine junckerliche Kontraktspolitik verteuert werden, ist die Lebenshaltung der englischen Arbeiter durchschnittlich weit höher wie die der Deutschen. Eine gründliche Statistik, die wir unablässig fordern und die von denen um Schweinburg ebenso eifrig belächelt wird, weil sie sie fürchten, würde das über allen Zweifel klar stellen. Aber auch darauf kommt schließlich nichts an. Die Erkenntnis, daß sie schändlich ausgebeutet werden, ist darum der Masse der deutschen Arbeiter doch schon längst aufgegangen ebenso wie sie die politische Knebelung nur zu deutlich empfinden. Den Hinweis auf irgend ein Dorado brauchen sie nicht, um zu wissen, daß sie mit allen Kräften streben müssen, der politischen Knebelung und der Ausbeutung ein Ende zu machen.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Arendt beantragt zu 855, Bruchzink, Schliff, Hartzink, Zinkstaub — frei; Rohzink in Blöcken, Tafeln, Klumpen, Scheiben, Tropfen — 1 M.

Gothein beantragt: 856/57 in eine Nummer zu fassen und einen Zoll von 3 M.

Mollenhuth hat an der Motivierung der Vorlage für Rohzink Freude gehabt; die Motive seien auch für Eisen zutreffend. (Arendt: Sehr richtig!) Der Centralverband deutscher Industrieller habe kritisch eine Bemerkung einer Petition hinsichtlich der Preisangabe übernommen, die ganz falsch sei. Redner weist dies an Zahlen nach. Auch werde in der Petition des Centralverbandes Amerika als Schutzzollgebiet hingewiesen, das sei völlig grundlos. Ferner behaupte diese Petition, die sozialpolitischen Schutzvorschriften verurteilten der deutschen Zinkindustrie hohe Kosten, die in Belgien nicht aufgewendet würden, mangels derartiger Schutzvorschriften. Auch das sei unklar. Redner weist auf die belgischen Schutzvorschriften hin. Deutschland sei ein starker Zinkverbraucher, man schädige es also, wenn man den Rohstoff durch den Zoll verteuere. Dann würden die belgischen Löhne angezogen, nicht aber die höheren amerikanischen. Er, Redner, halte die Konkurrenz der Länder für am gefährlichsten, die hohe Löhne zahlten. (Widerspruch.) Redner weist auf die Spinnerlöhne in England gegenüber denen in Deutschland hin. Und gerade die englische Konkurrenz werde von den deutschen Spinneuren am meisten gefürchtet, wie man bei den Garzzöllen von den Interessenten in der Kommission hören konnte. Das Kunstgewerbe, das sich des Zinks immer mehr bediene, sollte man stützen und es nicht durch tarifliche Fördernde Zölle bedrohen. Die chemische, die elektrische Industrie verarbeiteten Zink, man solle ihnen die Arbeit nicht erschweren; die Zölle auf Zinkwaren ersuche er abzulehnen.

Arendt stimmt dem Vordränger darin zu, daß die Gründe der Vorlage ebenso schon für Eisen gälten, aber die Zollfreiheit für Zink sei eben eine Inkonsequenz im Tarif. Redner verteidigt seinen Antrag. Er werde sich nicht auf die gestrige Petition berufen, obgleich es richtig sei, was die Petition bezüglich der Preise anführe.

Gothein: Deutschland sei außer Stande, den Bedarf an Zink zu decken, der Zoll andere gar nichts daran. Allerdings sei eine Preistreibeerei vorgekommen durch das Kartell, der Rückschlag sei natürlich nicht ausgeblieben. Ueber die Rentabilität der Zinkwaren-Industrie in Deutschland könne man befriedigt sein. Die Ausfuhr sei mehr als hundertfach größer, als die Einfuhr, ein Schutz sei also nicht nötig.

Geheimrat Vermuth bestätigt die Steigerung der Produktion des Inlandes und wendet sich gegen den Arendt'schen Antrag. Hier hinfür die Ausfuhr gingen nach Ländern mit Zollfreiheit.

Franken wendet sich gegen die Arendt'schen Ausführungen und beruft sich auf die nötige starke Einfuhr.

Position 855 bleibt zollfrei; die übrigen Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

Schluss 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 9 Uhr.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Arendt beantragt zu 855, Bruchzink, Schliff, Hartzink, Zinkstaub — frei; Rohzink in Blöcken, Tafeln, Klumpen, Scheiben, Tropfen — 1 M.

Gothein beantragt: 856/57 in eine Nummer zu fassen und einen Zoll von 3 M.

Mollenhuth hat an der Motivierung der Vorlage für Rohzink Freude gehabt; die Motive seien auch für Eisen zutreffend. (Arendt: Sehr richtig!) Der Centralverband deutscher Industrieller habe kritisch eine Bemerkung einer Petition hinsichtlich der Preisangabe übernommen, die ganz falsch sei. Redner weist dies an Zahlen nach. Auch werde in der Petition des Centralverbandes Amerika als Schutzzollgebiet hingewiesen, das sei völlig grundlos. Ferner behaupte diese Petition, die sozialpolitischen Schutzvorschriften verurteilten der deutschen Zinkindustrie hohe Kosten, die in Belgien nicht aufgewendet würden, mangels derartiger Schutzvorschriften. Auch das sei unklar. Redner weist auf die belgischen Schutzvorschriften hin. Deutschland sei ein starker Zinkverbraucher, man schädige es also, wenn man den Rohstoff durch den Zoll verteuere. Dann würden die belgischen Löhne angezogen, nicht aber die höheren amerikanischen. Er, Redner, halte die Konkurrenz der Länder für am gefährlichsten, die hohe Löhne zahlten. (Widerspruch.) Redner weist auf die Spinnerlöhne in England gegenüber denen in Deutschland hin. Und gerade die englische Konkurrenz werde von den deutschen Spinneuren am meisten gefürchtet, wie man bei den Garzzöllen von den Interessenten in der Kommission hören konnte. Das Kunstgewerbe, das sich des Zinks immer mehr bediene, sollte man stützen und es nicht durch tarifliche Fördernde Zölle bedrohen. Die chemische, die elektrische Industrie verarbeiteten Zink, man solle ihnen die Arbeit nicht erschweren; die Zölle auf Zinkwaren ersuche er abzulehnen.

Arendt stimmt dem Vordränger darin zu, daß die Gründe der Vorlage ebenso schon für Eisen gälten, aber die Zollfreiheit für Zink sei eben eine Inkonsequenz im Tarif. Redner verteidigt seinen Antrag. Er werde sich nicht auf die gestrige Petition berufen, obgleich es richtig sei, was die Petition bezüglich der Preise anführe.

Gothein: Deutschland sei außer Stande, den Bedarf an Zink zu decken, der Zoll andere gar nichts daran. Allerdings sei eine Preistreibeerei vorgekommen durch das Kartell, der Rückschlag sei natürlich nicht ausgeblieben. Ueber die Rentabilität der Zinkwaren-Industrie in Deutschland könne man befriedigt sein. Die Ausfuhr sei mehr als hundertfach größer, als die Einfuhr, ein Schutz sei also nicht nötig.

Geheimrat Vermuth bestätigt die Steigerung der Produktion des Inlandes und wendet sich gegen den Arendt'schen Antrag. Hier hinfür die Ausfuhr gingen nach Ländern mit Zollfreiheit.

Franken wendet sich gegen die Arendt'schen Ausführungen und beruft sich auf die nötige starke Einfuhr.

Position 855 bleibt zollfrei; die übrigen Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

Schluss 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 9 Uhr.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Arendt beantragt zu 855, Bruchzink, Schliff, Hartzink, Zinkstaub — frei; Rohzink in Blöcken, Tafeln, Klumpen, Scheiben, Tropfen — 1 M.

Gothein beantragt: 856/57 in eine Nummer zu fassen und einen Zoll von 3 M.

Mollenhuth hat an der Motivierung der Vorlage für Rohzink Freude gehabt; die Motive seien auch für Eisen zutreffend. (Arendt: Sehr richtig!) Der Centralverband deutscher Industrieller habe kritisch eine Bemerkung einer Petition hinsichtlich der Preisangabe übernommen, die ganz falsch sei. Redner weist dies an Zahlen nach. Auch werde in der Petition des Centralverbandes Amerika als Schutzzollgebiet hingewiesen, das sei völlig grundlos. Ferner behaupte diese Petition, die sozialpolitischen Schutzvorschriften verurteilten der deutschen Zinkindustrie hohe Kosten, die in Belgien nicht aufgewendet würden, mangels derartiger Schutzvorschriften. Auch das sei unklar. Redner weist auf die belgischen Schutzvorschriften hin. Deutschland sei ein starker Zinkverbraucher, man schädige es also, wenn man den Rohstoff durch den Zoll verteuere. Dann würden die belgischen Löhne angezogen, nicht aber die höheren amerikanischen. Er, Redner, halte die Konkurrenz der Länder für am gefährlichsten, die hohe Löhne zahlten. (Widerspruch.) Redner weist auf die Spinnerlöhne in England gegenüber denen in Deutschland hin. Und gerade die englische Konkurrenz werde von den deutschen Spinneuren am meisten gefürchtet, wie man bei den Garzzöllen von den Interessenten in der Kommission hören konnte. Das Kunstgewerbe, das sich des Zinks immer mehr bediene, sollte man stützen und es nicht durch tarifliche Fördernde Zölle bedrohen. Die chemische, die elektrische Industrie verarbeiteten Zink, man solle ihnen die Arbeit nicht erschweren; die Zölle auf Zinkwaren ersuche er abzulehnen.

Arendt stimmt dem Vordränger darin zu, daß die Gründe der Vorlage ebenso schon für Eisen gälten, aber die Zollfreiheit für Zink sei eben eine Inkonsequenz im Tarif. Redner verteidigt seinen Antrag. Er werde sich nicht auf die gestrige Petition berufen, obgleich es richtig sei, was die Petition bezüglich der Preise anführe.

Gothein: Deutschland sei außer Stande, den Bedarf an Zink zu decken, der Zoll andere gar nichts daran. Allerdings sei eine Preistreibeerei vorgekommen durch das Kartell, der Rückschlag sei natürlich nicht ausgeblieben. Ueber die Rentabilität der Zinkwaren-Industrie in Deutschland könne man befriedigt sein. Die Ausfuhr sei mehr als hundertfach größer, als die Einfuhr, ein Schutz sei also nicht nötig.

Geheimrat Vermuth bestätigt die Steigerung der Produktion des Inlandes und wendet sich gegen den Arendt'schen Antrag. Hier hinfür die Ausfuhr gingen nach Ländern mit Zollfreiheit.

Franken wendet sich gegen die Arendt'schen Ausführungen und beruft sich auf die nötige starke Einfuhr.

Position 855 bleibt zollfrei; die übrigen Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

Schluss 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 9 Uhr.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Arendt beantragt zu 855, Bruchzink, Schliff, Hartzink, Zinkstaub — frei; Rohzink in Blöcken, Tafeln, Klumpen, Scheiben, Tropfen — 1 M.

Gothein beantragt: 856/57 in eine Nummer zu fassen und einen Zoll von 3 M.

Mollenhuth hat an der Motivierung der Vorlage für Rohzink Freude gehabt; die Motive seien auch für Eisen zutreffend. (Arendt: Sehr richtig!) Der Centralverband deutscher Industrieller habe kritisch eine Bemerkung einer Petition hinsichtlich der Preisangabe übernommen, die ganz falsch sei. Redner weist dies an Zahlen nach. Auch werde in der Petition des Centralverbandes Amerika als Schutzzollgebiet hingewiesen, das sei völlig grundlos. Ferner behaupte diese Petition, die sozialpolitischen Schutzvorschriften verurteilten der deutschen Zinkindustrie hohe Kosten, die in Belgien nicht aufgewendet würden, mangels derartiger Schutzvorschriften. Auch das sei unklar. Redner weist auf die belgischen Schutzvorschriften hin. Deutschland sei ein starker Zinkverbraucher, man schädige es also, wenn man den Rohstoff durch den Zoll verteuere. Dann würden die belgischen Löhne angezogen, nicht aber die höheren amerikanischen. Er, Redner, halte die Konkurrenz der Länder für am gefährlichsten, die hohe Löhne zahlten. (Widerspruch.) Redner weist auf die Spinnerlöhne in England gegenüber denen in Deutschland hin. Und gerade die englische Konkurrenz werde von den deutschen Spinneuren am meisten gefürchtet, wie man bei den Garzzöllen von den Interessenten in der Kommission hören konnte. Das Kunstgewerbe, das sich des Zinks immer mehr bediene, sollte man stützen und es nicht durch tarifliche Fördernde Zölle bedrohen. Die chemische, die elektrische Industrie verarbeiteten Zink, man solle ihnen die Arbeit nicht erschweren; die Zölle auf Zinkwaren ersuche er abzulehnen.

Arendt stimmt dem Vordränger darin zu, daß die Gründe der Vorlage ebenso schon für Eisen gälten, aber die Zollfreiheit für Zink sei eben eine Inkonsequenz im Tarif. Redner verteidigt seinen Antrag. Er werde sich nicht auf die gestrige Petition berufen, obgleich es richtig sei, was die Petition bezüglich der Preise anführe.

In der Richtung einer möglichst weitgehenden Einfachheit des Verfahrens berücksichtigen.

Der eigentlichen Wahl geht, wie dies in den genannten Ländern überwiegend üblich ist, die Aufstellung von Vorschlagslisten durch die Vereinigungen der Arbeiter bezw. Arbeitgeber voraus, auf denen bestimmte Kandidaten bezeichnet werden. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts fordert in einer Bekanntmachung der amtlichen Verkündigungsblätter zur Einreichung dieser für Arbeiter und Arbeitgeber getrennt aufzuführenden Vorschlagslisten auf, indem er gleichzeitig die Zahl der zu wählenden Mitglieder, Tag, Stunde und Ort der Wahl, sowie die für die Wählbarkeit und Wahlberechtigung gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen bekannt gibt. Diese Bekanntmachung hat mindestens vier Wochen vor dem Wahltermin zu erfolgen. Die Vorschlagslisten bilden die Grundlage der Wahlhandlung. Am jedoch zu verfahren, daß zu viele Weisiger aufgestellt und damit eine allzu große Zersplitterung der Stimmen herbeigeführt wird, muß jede Liste von mindestens 25 bis 30 Wahlberechtigten (Arbeitern bezw. Arbeitgebern) unterzeichnet sein und darf nicht mehr und nicht weniger Namen enthalten, als Weisiger zu wählen sind. Unterzeichnet derselbe Wähler mehr als eine Vorschlagsliste, so wird sein Name auf keiner der von ihm unterzeichneten Listen mitgezählt. Die Listen sind spätestens zwei Wochen vor dem Wahltermin bei dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts einzureichen; sie müssen in einer Ueberschrift (wie etwa: Vorschlagsliste der vereinigten Gewerkschaften) genau diejenige Wählergruppe bezeichnen, von der sie ausgehen, und müssen auf einheitlichem weißem Papier gedruckt oder geschrieben sein. Listen, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, sind ungültig. Vor dem Wahltag sind die als gültig anerkannten Listen viermal öffentlich bekannt zu machen und bis zum Wahltermin in einem zur öffentlichen Kenntnis zu bringenden Lokal zur Einsicht der Wähler offen zu legen.

Die Stimmzettel dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Weisiger in der Wahlhandlung zu wählen sind und sind, ebenso wie die Vorschlagslisten, für Arbeiter und Arbeitgeber getrennt herzustellen. Gültig sind nur solche Stimmzettel, die in einer Aufschrift einer der vorher eingereichten und als gültig anerkannten Vorschlagslisten entsprechen; die Namen der vorgeschlagenen Kandidaten dürfen jedoch gestrichen und durch andre ersetzt werden. Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt in einem von der Stadtverwaltung zu stellenden Umschlag, und zwar begiebt sich der Wähler, genau wie bei den Wahlen zum badischen Landtag, nach Entgegennahme des Wahlkonverts in den bereit gestellten Isolerraum (sogenannte Dunkelkammer), steckt dort den Stimmzettel in den Umschlag und tritt dann zur eigentlichen Abstimmung wieder heraus an den Wahlstisch. Es darf sich stets nur ein Wähler im Isolerraum aufhalten; Wahlkonverts mit mehr als einem Stimmzettel sind ungültig.

Die Feststellung des Wahlergebnisses erfolgt in dieser Weise: Jeder Stimmzettel wird behufs Konstatierung der auf die einzelnen Vorschlagslisten entfallenden Weisiger für diejenige gültige Vorschlagsliste gezählt, mit deren Ueberschrift die eigene Aufschrift übereinstimmt. Dann wird ermittelt, wie viele gültige Stimmen im ganzen abgegeben und wie viele auf jede der einzelnen eingereichten gültigen Listen entfallen sind. Von den in jeder Gruppe vorgeschlagenen Personen gilt diejenige Zahl als gewählt, die sich zu der Gesamtzahl der zu wählenden Weisiger ebenso verhält, wie die Zahl der auf die Liste entfallenden Stimmen zu der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel. Ergeben sich bei dieser Rechnung Brüche, so wird der fehlende Weisiger derjenigen Liste zugeteilt, die die höchste Bruchzahl aufzuweisen hat. Bei Gleichheit der Brüche entscheidet das vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts zu ziehende Los. Innerhalb der einzelnen Vorschlagslisten werden die Gewählten in der folgenden Weise bestimmt: Es wird zunächst ermittelt, wie viel Stimmen unter Berücksichtigung aller, also auch der auf andere Vorschlagslisten abgegebenen gültigen Stimmzettel auf die einzelnen Personen entfallen. Gewählt sind von den auf die einzelnen Vorschlagslisten entfallenden Kandidaten alsdann diejenigen Personen, die unter Berücksichtigung aller Stimmzettel die höchste Stimmenzahl erhalten haben; bei Stimmengleichheit entscheidet die Reihenfolge der Namen auf dem eingereichten Exemplar der Vorschlagsliste. Ist ein Gewählter auf mehreren Vorschlagslisten in Vorschlag gebracht, so gilt er in derjenigen als gewählt, in der die meisten Stimmen für ihn abgegeben wurden. Ist auf verschiedenen Vorschlagslisten die gleiche Stimmenzahl für ihn abgegeben worden, so entscheidet das Los.

In dieser Fassung erhielt das Statut die einstimmige Zustimmung des Mannheimer Bürgerausschusses. Seine erstmalige Anwendung wird bei den Gewerbegerichtswahlen im Oktober d. J. erfolgen, zu denen die Wählerlisten mit etwa 7500 Arbeitern und 1200 Arbeitgebern bereits vor einigen Wochen geschlossen worden sind. Wir werden nicht verfehlen, über die praktischen Erfahrungen mit dem hier im Reich zum erstenmal zu erprobenden System der Verhältniswahlen seiner Zeit eingehend zu berichten.

### Aus dem Kapitel „Vertrauensärzte“.

Der Infolge eines Unfalles erwerbsbeschränkte Maler E. wurde im Dezember 1901 von dem „Vertrauensarzt“ der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft Dr. Römer auf 20 Proz. Erwerbsunfähigkeit begutachtet. Hiergegen legte E. Verurteilung beim Schiedsgericht ein und beantragte eine höhere Rente. Auf Veranlassung des Schiedsgerichts wurde E. von dem Vertrauensarzt derselben Dr. Köhler untersucht und dieser bemerzte die Erwerbsbeschränkung E.'s auf 33 1/2 Proz. Nachdem E. die 33 1/2 Proz. Rente ca. sieben Monate erhalten hatte, wurde er von dem „Vertrauensarzt“ der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft Dr. R. wieder untersucht, wobei zwischen Dr. Römer und dem Verletzten folgendes Gespräch stattfand:

Dr. Römer: Nun E., Sie haben auch geklagt? — E.: Jawohl, Herr Doktor. Das war doch mein Recht! — Dr. R.: Nun, wenn es nur Geld kosten würde, dann würden Sie nicht gleich klagen. Ich wollte nur mal den Herrn Dr. Köhler auf Ehre und Gewissen fragen, wie er Ihnen 33 1/2 Prozent bewilligen kann. — So Herr Dr. Römer! Obgleich noch nicht lange als Vertrauensarzt fungierend, so hat der Herr „Specialarzt“, wie er in den Gutachten der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft genannt wird, eine geradezu unheimliche Virtuosität in dem „Festsetzen“ der Renten für die Unfallverletzten. Wir wollen jetzt nicht die verschiedensten Fälle herausgreifen. Davon ein andermal. Welchen Wert aber diese „Gutachten“ besitzen, beweist der vorliegende Fall; etwa im Dezember schätzte der Herr „Specialarzt“ Dr. R. die Erwerbsbeschränkung E.'s auf 20 Proz. und nach sieben Monate bei der Untersuchung findet Dr. R., daß eine wesentliche Veränderung in den Verhältnissen eingetreten ist und die Erwerbsbeschränkung E.'s nur noch auf — 20 Proz. zu schätzen sei. Diese Begutachtung scheint mehr als eigenmächtig und läßt die Annahme zu, daß die Begutachtung der Verletzten ziemlich oberflächlich geschieht und zwar im Interesse der Berufsgenossenschaft zum Schaden der Verletzten. War das erste Gutachten dem Befunde entsprechend abgegeben, und sind jetzt „wesentliche“ Veränderungen eingetreten, dann mußte Herr Dr. R. der „Specialarzt“ in seinem jetzigen Gutachten zu einem andern Ergebnis kommen.

Gegenüber der Begutachtung von solchen „Vertrauensärzten“ sind die Verletzten gezwungen, trotz der Schere, die ihnen entstehen, ihre Rechte aufs äußerste zu wahren.

Auf dem Verbandstage der süddeutschen Konsumvereine, der am 2. und 3. August in Augsburg abgehalten wurde, kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Verbandsanwalt Crüger, dem freisinnigen Abgeordneten, und den Vertretern der Arbeiter-Konsumvereine.

Der Konsumverein Mannheim war von Dr. Crüger mit seinem Antrag auf Aufnahme in den Allgemeinen Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsvereinsgenossenschaften abgewiesen worden, weil sein Statut in erster Reihe Berücksichtigung derjenigen Lieferanten zuzugibt, die das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter und die gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen anerkennen. Darin sah Dr. Crüger „einen Aus-

fluß der von den Parteihäuptlingen verbreiteten Lehre, daß die Konsumvereinsbewegung eine Ergänzung zur gewerkschaftlichen und politischen sein soll“, und lehnte, wie die Vereine des süddeutschen Verbandes „Vorwärts“, auch den Mannheimer als Mitglieder seines Verbandes ab.

Nach lebhaften Auseinandersetzungen wurde mit 25 gegen 10 Stimmen beschlossen:

„Der Verbandstag nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Ablehnung der Aufnahme des Mannheimer Vereins in den Allgemeinen Verband. Er hält die von dem Verbandsanwalt hierfür geltend gemachten Gründe nicht für stichhaltig und empfiehlt dem allgemeinen Genossenschaftstag zu Kreuznach die Aufnahme in den Allgemeinen Verband.“

Mit gleichem Stimmenverhältnis wurde der Antrag des Konsumvereins Camptakt an den allgemeinen Verbandstag angenommen, der die Entscheidung über die Aufnahme in den Genossenschafts-Verband künftig dem zuständigen Vorstand des Unterverbandes (bisher dem Verbandsanwalt) und in zweiter Instanz den stimmberechtigten Vertretern der betreffenden Genossenschaftsart auf dem allgemeinen Verbandstag (bisher dem Gesamt-Verbandstag) übertragen wissen will. Der Antrag will der Willkür des Anwalts Dr. Crüger, der nach Vorgang des Dr. Max Hirsch ein Special-Ausnahmegericht für die ihm nicht genehme fortschrittliche (nicht fortschrittsparteiliche) genossenschaftliche Richtung geschaffen hat, die Spitze abbrechen, gleichzeitig die Konsumvereine der Vormundung durch die auf dem Verbandstag stets in der Ueberzahl vertretenen Mittelstandsgenossenschaften entziehen.

### lokales.

#### Der Herr Kreisarzt!

Bekanntlich ist es aus Rücksichten auf die Geschäftsinteressen der Apotheker den Droguisten gesetzlich verboten, gewisse unschädliche, aber viel gebrauchte Arzneimittel, wie Brustpulver, Brustthee, Akhabar oder usw. an das Publikum zu verkaufen. Bekannt ist ferner auch, daß gelegentlich Polizeibehörden, um die Befolgung dieser Verbote zu kontrollieren, „Nicht-Gehtleuten“, bezw., da es meistens Frauen waren, „Nicht-Ladies“, in Droguengeschäfte entsandten, welche dort gerade solche verbotenen Mittel forderten. Das ist sogar durch Gerichtsverhandlungen festgestellt. Neu ist dagegen, daß auch Beamte selbst, und noch dazu beamtete Ärzte, sich an Untersuchungen dieser Art beteiligen. Die „Deutsche Droguisten-Zeitung“ (Nr. 31) teilt nämlich folgendes mit:

„Wir möchten hierbei eine Sache erwähnen, welche wir, wenn und nicht selbst der Strafbefehl vorgelegen, für eine Hundstags-geschichte halten würden. In der Droguenhandlung eines westlichen Vororts (Stadt) fordert ein Herr für 20 Pfennig Brustpulver und erhält auch dasselbe. Kurze Zeit darauf wird der Besitzer der Droguenhandlung mit einem Strafbefehl über 10 Mark erfreut, weil er an den „Kreisarzt“ Brustpulver verkauft habe. Also der Herr Kreisarzt verleiht selbst den Droguisten zu einer . . . ihm Brustpulver zu verkaufen.“

Soweit die „Droguisten-Zeitung“. Da die Geschichte in einem westlichen Vorort (Stadt), also in Charlottenburg oder Schöneberg spielt, untersteht der betr. Kreisarzt übrigens dem Berliner Polizeipräsidenten. Es wird interessant sein zu erfahren, wie der Herr Polizeipräsident sich zu dieser Handlungsweise seines Untergebenen stellt. Es ist ja den Lesern des „Vorwärts“ vielleicht noch erinnerlich, daß früher bei einer Gelegenheit der Polizeipräsident sehr energisch gegen solche „Anstiftung“ von Droguisten zu dergleichen „Uevertretungen“ vorgegangen ist, — damals nämlich, als er bei Beginn des Apothekenboikotts die Ärzte vor dem Verordnungsbüchlein der Krankenkassen warnte. Es sollten nämlich in diesem sogenannten „schwarzen Buch“ Fehler enthalten sein, und der Herr Polizeipräsident machte deshalb die Ärzte darauf aufmerksam, daß sie sich einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen, wenn sie auf Grund dieses Büchleins irrtümlich verbotene Arznei aus Droguengeschäften verschrieben. Mit welcher Schärfe wird da der Herr Polizeipräsident erst gegen eine solche absichtlich e Anstiftung vorgehen!

**Keremann wird exhumiert.** Eine anscheinend magistrats-offizielle Korrespondenz meldet: Zum „Fall Keremann“, des stehlenhändlers, welcher am 15. v. M. abends aus der Stadtbogei nach der Irrenanstalt Herzberge überführt werden mußte und dort verstarb und ohne Veranlassung seiner Ehefrau beerdigt wurde, wird uns folgendes gemeldet: Die Witwe des so plötzlich und unter so bedenklichen Umständen Verstorbenen erschien gestern (Dienstag) nachmittag im Rathaus, wo man sie und ihre Begleiterin an den Geheimen Regierungsrat Friedel wies, welcher das Decretat des Irrenwesens (Stadttrat Dr. Strahmann) vertretungsweise bearbeitet. Frau Keremann trug hier die Bitte vor, ihrem Ehemann ein würdigeres Begräbnis zu gewähren und den Toten bei der dieserhalb vorzunehmenden Exhumierung noch einmal sehen zu dürfen; sie beabsichtige ihren Mann in einem besseren Sarge auf dem Friedhofe der Danleskirch-Gemeinde beerdigen zu lassen. Geheimrat Friedel erklärte der Frau, daß städtischerseits dem gar nichts entgegenstehe und daß er sofort Anweisung behufs Exhumierung des Toten geben werde. Dies wäre schon früher geschehen, wenn die Frau Keremann sich gleich an ihn als den stellvertretenden Decernenten gewandt hätte. Mit Rücksicht auf die mäßliche Vermögenslage der Frau solle sogar die Exhumierung auf Kosten der Anstalt Herzberge geschehen. Der Sarg solle in der Leichenhalle der Anstalt geöffnet und der Tote, nachdem ihn die Ehefrau rekonnoziert, in einen neuen Sarg gebettet werden. Danach könne die Ueberführung des Sarges nach der Leichenhalle des Kirchhofes der Danleskirch-Gemeinde und von dort aus die Beerdigung bewerkstelligt werden. Frau Keremann erklärte sich mit allem einverstanden und verließ mit Dankesworten für die schnelle und sie in allen Stücken befriedigende Lösung der leidigen Affaire das Rathaus.

Es entsteht nun die Frage, ob sich an die Exhumierung Keremanns irgendwelche gerichtliche Erhebungen knüpfen werden, insbesondere, ob etwa seitens der Staatsanwaltschaft eine Obduktion der Leiche angeordnet werden wird? Diese Frage ist zu verneinen. Nach § 167 der Strafprozeß-Ordnung hat die Staatsanwaltschaft nur einzuschreiten, wenn „Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, daß jemand eines nicht natürlichen Todes gestorben ist“. Im vorliegenden Falle konnte aber selbst der Staatsanwalt nichts Unnatürliches finden. Nach Angabe des behandelnden Arztes ist das Krankheitsbild ganz klar. Bei Keremann drang nach der plötzlichen mehrtägigen Alkohol-Entziehung im Gefängnis das Delirium aus und bei der Aufnahme in der Irrenanstalt wurde dem auch „akutes Alkohol-Delirium“ festgestellt. Die Krankheit war bereits so vorgeschritten, daß die ärztliche Kunst nicht mehr zu helfen vermochte; Keremann starb an „Herzschwäche“, und die ärztliche Diagnose befälligte vollauf die nach seinem Tode vorgenommene Obduktion. Eine zweite Sezierung angeordnet, lehnte die Staatsanwaltschaft angesichts dieser amtlichen Feststellungen ab. Daß einem Töblichen beim Entleeren behufs Wadens oder dergleichen die Kleider zerrissen werden, ist in der Praxis der Irrenanstalt durchaus nichts Neues. Es kann sich jetzt nur noch darum handeln, den berechtigten Wünschen der hinterbliebenen Witwe gerecht zu werden, und das soll, wie oben mitgeteilt, alsbald geschehen.

Diese Darstellung bringt den Fall Keremann seiner Aufklärung zwar um einen Schritt näher, ist aber noch keineswegs geclaret, die Öffentlichkeit völlig zu beruhigen. Besonders ist es die „amtliche“ Feststellung der Todesursache, die fast allgemein mit einem gewissen Mißtrauen aufgenommen wird. Wenn in dem ärztlichen Gutachten gesagt wird, der Verstorbene sei infolge mehrtägiger Alkohol-Entziehung an akutem Alkohol-Delirium erkrankt, so steht diese Behauptung mit den übereinstimmenden Befunden seiner Verwandten und Bekannten, laut deren Keremann überhaupt kein Alkoholiker war, in auffallendem Gegensatz. Wenn wir es auch verstehen, daß die Frau des Verstorbenen sich durch die Exhumierung ihres Gatten momentan befriedigt fühlt, so können wir es nicht minder nachsählen, daß das große Publikum das der Frau bewiesene Entgegenkommen nur als ein absolut unzulängliches empfindet. Dem Gefühl der Frau entspricht es, daß sie nach all den vorausgegangenen Schereereien und überflüssigen Weitläufigkeiten das doch so selbstverständliche Angebot des Herrn Regierungsrat Friedel gewissermaßen noch mit Dank acceptieren zu sollen glaubte; der kühnere Beobachter jedoch wird von dem Entgegenkommen nicht weniger als befriedigt sein. Bleibt doch die ganze Affaire trotz der Exhumierung in das bisherige Dunkel gehüllt. Sollte doch die Exhumierung gerade der Feststellung der Todesart Keremanns dienen. Mag der Staatsanwalt noch so sehr von der Richtigkeit des ihm vorliegenden ärztlichen Gutachtens überzeugt sein, er würde nur im Interesse all der für die Affaire verantwortlich gemachten Faktoren gehandelt haben, wenn er der öffentlichen Meinung die doch keineswegs unerhörte Konzeption gemacht hätte, eine nochmalige Obduktion des unter so rätselhaften Umständen Verstorbenen anzuordnen.

**Beseitigung technischer Mängel im Eisenbahn-Betriebe durch — Ordnungsfragen!** Im Vorort- und Sonntagsverkehr ist es bekanntlich in letzter Zeit des öfteren vorgekommen, daß Reisende über ihr Ziel hinausfahren mußten, weil es ihnen nicht gelang, die verquollenen Thüren ihres Wagenabteils zu öffnen. Die königliche Eisenbahn-Direktion Berlin hat jetzt die Thürschließer angewiesen, darauf zu achten, ob Reisende aussteigen wollen, damit sie diesen beim Öffnen der Thüren behilflich sind; ebenso sollen die Stationsbeamten ihr Augenmerk darauf richten. Bei wieder eintretenden Beschwerden soll gegen die betreffenden Beamten mit Ordnung s t r a f e n vorgegangen werden. Daß auch die Werkmeistereien angewiesen worden sind, dafür Sorge zu tragen, daß nur Wagen in den Verkehr kommen, deren Thüren und Fenster sich leicht öffnen lassen, dürfte jedermann gut heißen; wie es aber der Thürschließer anstellen soll, während des Aufenthalts von e i n e m i n u t e den ganzen Zug zu kontrollieren, um gegebenenfalls beim Öffnen einer schlecht funktionierenden Thür behilflich zu sein, das dürfte wohl ein Geheimnis der Eisenbahn-Direktion bleiben.

**Die Berliner Brotpreise** haben sich in der ersten Hälfte des Jahres 1902 annähernd auf der gleichen Höhe gehalten wie in demselben Zeitraum des vorhergehenden Jahres. Nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes der Stadt war im Jahre 1902 (bezw. im Vorjahre 1901) der Durchschnittspreis in Pfennig für ein Kilogramm Roggenbrot: im Januar 24,02 (24,07), im Februar 23,88 (24,13), im März 23,93 (24,12), im April 24,17 (24,31), im Mai 24,34 (24,24), im Juni 24,22 (24,50) Pfennig; für 1 Kilogramm Weizenbrot (Schrippen): im Januar 41,31 (41,19), im Februar 41,27 (41,09), im März 41,33 (41,17), im April 41,67 (41,39), im Mai 42,00 (41,09), im Juni 41,64 (41,44) Pfennig.

**Wie wenig Obacht manche Eltern auf ihre Kinder bei Landpartien geben,** beweist die Thatsache, daß fast jeden Sonntag in allen von Ausflüglern besuchten Vororten Kinder im Alter von 1—8 Jahren als verlaufen eingebracht oder als verloren gemeldet werden. So wurde am vergangenen Sonntag im Gebiete des Amtsbezirks Tegel nicht weniger als 17 verirrte Kinder teils in den Bureaus, teils in Gastwirtschaften untergebracht, um dort erst nach Stunden von den Eltern reklamiert zu werden. Unter andern fand in einem Vergnügungsort in Tegel ein etwa ein Jahr alter Knabe Aufnahme, welcher noch nicht laufen konnte und dessen Mitnahme die 17-jährige Schwester — vergessen hatte. Erst als die Eltern im Begriff waren, die Straßenbahn zu besteigen und nach Berlin zurückzufahren, wurde das vergessene Kind vermisst und, nachdem es etwa zwei Stunden in der Gastwirtschaft allein gewelt, wieder abgeholt.

**Die Scharfschierei auf Stadtbahnzüge** zwischen den Stationen Sobignyplatz und Charlottenburg dürfte für die Zukunft wohl verhindert werden, nachdem anlässlich des letzten Attentates die Charlottenburger Kriminalpolizei umfangreiche Ermittlungen angestellt hat. Bei einem gestern nachmittag abgehaltenen Termin, welchem auch der Theater-Sekretär S. bewohnte, der bekanntlich in dem beschossenen Wagen des betreffenden Zuges gefessen, konnte der Thäter genau festgestellt werden. Da auch die ungefähre Schußrichtung aus dem Schilde der Einblendung an dem Eisenbahn-Wagen festgestellt wurde, dürfte es wohl bald gelingen, den schielustigen Wunden zu ermitteln.

**Selbstmord eines Erfinders.** Der 26-jährige Hermann Ohmann hatte das Schlosserhandwerk erlernt, war in diesem jahrelang als Geselle thätig und beabsichtigte, sich in seiner Heimat, einem kleinen schlesischen Landstädtchen, selbständig zu machen. Da sich jedoch dortselbst schon mehrere Schlossereien befanden, so wollte O. eine Schlichterei eröffnen und trat, um dieses Fach kennen zu lernen, bei dem Schlichtermeister W., Fürstenstraße, in die Lehre. Der vielseitige junge Mann beschäftigte sich ferner mit Erfindungen und entwarf u. a. Zeichnungen von Maschinen für das Schlächtergewerbe, deren Bedeutung auch von Fachleuten anerkannt wurde. O. besah jedoch nicht die Mittel, seine Ideen zur Ausführung zu bringen und dieser Umstand, sowie auch die krankhafte Eudyt, neue Erfindungen zu machen, scheinen auf O. einen derartigen Einbruch gemacht zu haben, daß er in einen Zustand nervöser Ueberreizung verfiel. Als am Morgen O. nicht in den Dienst kam, begab sich sein Meister nach dem Zimmer des Verstorbenen, den er bereits tot, mitten im Zimmer hängend, vorfand.

**Totgefahren** wurde Dienstagvormittag der Kutscher eines Erbfuhrwerks, Heinrich Blau, in der Soldinerstraße. Sein eigenes Fuhrwerk einen Augenblick stehen lassend, trat Blau auf den Wagen eines Kollegen, um ihm eine Mitteilung zu machen, rutschte dabei ab und fiel so unglücklich, daß ihm ein Rad übers Gesicht ging. Der Tod trat in wenigen Minuten ein.

**Töblich verunglückt** ist am Dienstagmorgen um 6 1/2 Uhr der 43 Jahre alte Zimmermann Krugott Schilling aus der Wallstr. 16 in Charlottenburg. Er war am Rottenbäum bei der Kanalisation im Begriff, zur Abseifung des Erdreichs einige Balken einzulegen. Dabei trat er fehl, fiel drei Meter tief hinab und mit dem Kopf auf Mauerwerk. Bewußtlos wurde er nach der Rettungswache getragen, von wo er nach dem dortigen Krankenhaus gebracht wurde. Hier starb er bald an dem erlittenen Schädelbruch. Er hinterläßt eine Witwe und 4 Kinder im Alter von 14 bis zu 8 Jahren.

**Geldverluste** haben den 33 Jahre alten Kutscher Hermann Schulz aus der Invalidenstr. 31 zum Selbstmord veranlaßt. Die Ehefrau mit ihrem kleinen Kind hält sich seit 14 Tagen in der Nähe von Küstrin bei Verwandten auf und hatte eine Richte gebeten, ihre Wirtschaft zu beanfichtigen. Als die Richte am Montagnachmittag eintraf, fand sie den Mann in der Stube erhängt auf. Ein auf dem Tisch liegender Zettel enthielt die Worte: „Wegen Verluste bin ich genötigt, mir das Leben zu nehmen.“

**Durch Hissereie** wurden am Montagabend der Agent Dammann und der Kutscher Schlieber aus Charlottenburg im Humboldt-Park in Tegel nach einem Gebüsch gefasst. Dort fanden sie ein Mädchen, das sich vor Schmerzen am Boden hin und herwälzte. Das Mädchen wurde nach der Polizei und von dort, nachdem ihm Milch verabreicht war, auf ärztliche Anordnung nach dem Paul Gerhardt-Stift ge-

bracht. Das Mädchen gab noch an, daß es in Zehlendorf, wo es im Dienst gestanden, eines Diebstahls beschuldigt werde und sich daher das Leben nehmen müsse. Im Krankenhaus, wo eine Vergiftung mit Salzsäure festgestellt wurde, konnte der Name noch nicht festgestellt werden, hat aber einen polnischen Klang und lautet Barowski oder Perowski oder ähnlich. Näheres war aus dem Mädchen, das noch lebt, nicht herauszubringen.

**Ein gekochter Dampfer** ist wohl in der Reihe der Diebstahls-Objekte noch nicht dagewesen. Der Ruderklub „Widling“ hatte am Montag seinen Trainingsdampfer an dem Klubhaus in Nieder-Schönebrunn draussen gelassen, als die Mitglieder sich nach Hause begaben. Das haben sich Liebhaber zu nütze gemacht. Heute morgen fand der Klub seinen 15 Meter langen Dampfer nicht mehr vor. Wohin das Fahrzeug gebracht wurde, ist noch nicht bekannt. Man sollte aber meinen, daß ein Dampfer nicht ohne weiteres verschwinden kann.

**Der Berliner Hülfsverein für Obdachlose** teilt mit: Im Monat Juli nächstigen im Männerzahl 21 504 Personen, wovon 11 098 badeten, im Frauenzahl 5845 Personen, wovon 1321 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstr. 55/59; für Frauen: Büchsenstr. 5.

**Zeugen gesucht.** Der Amtsvorsteher von Treptow ersucht um Aufnahme folgender Aufforderung: Am Sonntag, den 3. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr, ist ein junges Mädchen, das mit einem jungen Manne in einem Boote die Spree besuchte, in der Nähe des Bierhauseins infolge eines Zusammenstoßes des Bootes mit dem Dampfer „Ludwig“ in die Spree gestürzt und ertrunken. Die Zeugen des Vorfalles, soweit sie nicht bereits der Polizeiverwaltung bekannt geworden sind, werden ersucht, sich zur vollständigen Aufklärung des Sachverhalts im hiesigen Polizeibureau, Neue Krug-Allee Nr. 5, Zimmer 4, in den Dienststunden von 8 bis 3 Uhr gefälligst einzufinden.

**Strasensperren.** Nach den Mitteilungen des Polizeipräsidenten sind wegen Umfesterung resp. Asphaltierung folgende Straßen bis auf weiteres für Fuhrwerke gesperrt: Das Alexanderufer vom 11. August an von der Stadtbahn-Überführung bis zum Ende der Charité, die Feldstraße vom 7. August an von der Acker- bis zur Hufschmiedstraße ohne Kreuzbäume, endlich die Streifliherstraße vom 11. August an von der Bernauer- bis zur Straßburgerstraße.

**Feuerbericht.** Ein größerer Dachstuhlbrand kam Montagabend Nebelstr. 88 aus nicht ermittelter Ursache aus. Ein erheblicher Teil des Dachstuhls wurde dabei eingestürzt. Zur selben Zeit brannten Mittelmaderstr. 19 Möbel und Betten und Pfugstr. 15 verschiedene Wäschestände. Pflasterbrände waren Kullmstr. 20a und Wirlenstr. 1 abzulösen. Kleine Wohnungsbrände erfolgten Mulackstr. 85, Luisen-Aller 1 und Langestr. 64. Alarmierungen nach Waldemarstr. 12, Klopffstr. 41 und Potsdamerstr. 118a entpuppten sich als „blinder Lärm“.

**Das große Sportfest am Müggelsee,** das die Berliner Arbeiterschaft am Sonntag veranstaltet hatte, hat unter einem ungeheuren Andrang des Berliner Proletariats stattgefunden, ein Beweis für das große Interesse, das die Arbeiterschaft dem Sport als Kräftiger des körperlichen und seelischen Organismus entgegenbringt. Und in der That hat ja gerade das Proletariat eine ganz besondere Ursache, durch eine sich in vernünftigen Grenzen haltende Pflege jeder Art des gesundheitsfördernden Sports den Schädigungen einseitiger körperlicher Verfassung entgegenzuarbeiten. Diese Arbeit, unter dem kapitalistischen Regime zu peinigender Fron entartet, gewährt dem Körper nur selten jene allseitige Muskelbetätigung, die für den gesunden Menschen eine hygienische Notwendigkeit ist; viel häufiger ist die Ursache einseitiger Anspannung oder gar körperlicher Mißbildung.

Es ist einfach unmöglich, die Zahl der Festbesucher annähernd zutreffend abzuschätzen, die sich auf dem ausgedehnten Festterrain, das mit bunten Fahnen festlich geschmückt war, angefundnen hatten. Jedenfalls zählte sie nach vielen Zehntausenden, und die Dampfer und Jüge vermochten es kaum, die Menschenmassen nach dem Festplatz und zurück zu befördern. Ueberall herrschte die fröhlichste, angeregteste Stimmung, die sich auch durch einen programmwidrigen Regenschauer nicht im geringsten beeinträchtigen ließ.

Die sportlichen Vorführungen hielten sich diesmal in gewissen Grenzen, sie beschränkten sich auf Schwimmübungen, Produktionen der Radfahrvereine und Fußball-Wettspiele, während die Segelregatta ausfiel. Jedes waren die Zuschauermassen von dem Gebotenen trotzdem hochbefriedigt, wie denn überhaupt vom Morgen bis zum Abend nicht ein einziger Wisperton die harmlose Feststimmung trübte. Mit einem Worte: das erste Arbeiter-Sportfest war so gelungen, daß die Arbeiterschaft Groß-Berlins dem Rufe zur Begehung des zweiten Sportfestes freudig folgen wird.

**Das Passage-Theater** läßt gegenwärtig eine bedeutende Zugkraft auf das Publikum aus. Von den neu engagierten Künstlern interessieren, soweit turnerische Leistungen in Frage kommen: die Akrobaten Rocetto und Granet mit ihrer verblüffenden Geschmeidigkeit, die noch im Anabalter stehenden vier Vollmerer, das Santa Trio (Kraftturner) und die muskulöse Miss Victoria, die besonders beim Säwung der „magnetischen Kugel“ Verfallsstärme entfesselt. Wer sich für dergleichen Kunst interessiert, mag die Phantastietänzerin Luci Klaitz, die Gesangs- und Tanzsoubrette Emmy Palmes oder das Gesangs- und Tanzquartett „Vergißmeinnicht“ bewundern. Als Volkstypen-Darstellerin gefällt Alice Marler außerordentlich, besonders wenn sie als „Streichholz-Jule“ das Publikum mit gefüllten Händhohlhaken bombardiert. Auch Gianottos lebende Darstellungen bekannter Squaregemälde finden allgemeine Anerkennung. Beachtenswerte Leistungen entwickelten ebenfalls die drei Lehrer\* bei ihren persischen Reisespielen und Jongleuskünsten. Eine Zugkraft ersten Ranges ist ohne Zweifel Willy Prager, ein wirklich wichtiger Humorist. Im kleinen Saal produziert sich Mohamed Soliman als Feuerzünder. Man hat jedoch gut, das jedem Kulturmenschen anhaftende Feingefühl draussen zu lassen, wenn man mit ansehen will, wie er ein glühendes Eisen befeuert oder sich ein halbes Duzend langer Rodeln durch die Haut des Unterarmes schießt.

**Orgelkonzert.** Frau Clara Schwarz, Frau Emil Welle, Herr Paul Brauch, Herr Konrad Fuldshärdt, Ceilist, Herr Arthur Buchholz und Herr Paul Otto werden am Mittwoch, den 6. August, mittags 12 Uhr in der Paulantkirche beim Orgelkonzert des Musikdirektors Otto Dienel mitwirken und im Verein mit diesem Kompositionen von Bach, Händel, Vocaletti, Gounod, Mendelssohn, Rheinberger, Gounod, Dienel u. aufführen. Der Eintritt ist frei.

### Aus den Nachbarorten.

**Lichtenberg-Friedrichsberg!** Eine öffentliche Versammlung findet am Donnerstag im Kronprinzen-Garten, Chaussee 88, statt. Stadtverordnete Genosse Drubius wird über die Aufgaben der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen sprechen. Sache der Parteigenossen und deren Frauen wird es sein, durch zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu zeigen, daß es den „Freiwilligen“ nicht gelingt, die Gemeindevähler „wählmüde“ zu machen. Das Wahl-Komitee.

**Was bei einer Stadtverordnetenwahl alles passieren kann,** das zeigt sich am nachträglich bei der Wahl des Genossen Oß in Schönberg. Vor einigen Wochen berichteten wir, daß eine Anzahl Angestellte der Straßenbahn ihre Kollegen per Postkarte aufgefordert hätten, für die Wahl des Bädermeisters Polenz, des bürgerlichen Gegenkandidaten Oß, einzutreten. Damals haben wir der Ansicht Raum, daß vielleicht der bekannte „Ascherverein“ seine Hand dabei im Spiele haben würde; dies ist jedoch

nicht der Fall; der Verein als solcher hat sich um die Wahlangelegenheit nicht offiziell gekümmert. Mit dem Eintreten der Straßenbahner für Polenz hat es vielmehr folgende Bewandnis: Die Straßenbahner vertreiben viel bei dem Restaurateur Ophit. Eine Zeilung vor dem Wahltermin traktierte dieser verschiedene Schaffner mit Freibier und stellte ihnen ganz unverbätlich, vielleicht im Scherz, eine Belohnung von 50 Mark in Aussicht, wenn sie sich in das Wahlkomitee einschreiben lassen und dafür streben würden, daß Herr Polenz gewählt werde. Etwa 10 Schaffner trafen denn auch auf den Leim. Schon nach wenigen Tagen brangte ihr Name unter dem Wahlaufsch der Ordnungsmänner, und sie gaben sich sowohl mündlich wie auch schriftlich (siehe Postkarte) alle Mühe, die verheißenen 50 M. zu verdienen. Bekanntlich hingen die Trauben aber zu hoch; Polenz fiel durch und Oß wurde gewählt — die 50 Silberlinge blieben in der Fremde. Am Wahltage selbst gab's auch Freibier für alle Straßenbahner, die man für Polenz Wahl interessieren zu können glaubte. Hier war es nun der Schaffner Wolff, der zuerst mittrauf, dann aber seinen Kollegen Vorwürfe ob ihres unproletarischen Verhaltens machte und anstatt Polenz den Genossen Oß wählte. Dieser Vorfall sprach sich bald unter den Straßenbahnern herum. Nach etwa acht Tagen fühlte sich der Schaffner Busch auf Anraten eines Controlleurs durch einige Äußerungen Wolffs beleidigt. Beide wurden darüber vom Inspektor Bernis zu Protokoll genommen und das Ende vom Liede war, daß Wolff zum 1. August seine Kündigung erhielt. Er versuchte zwar noch, durch eine persönliche Vorstellung beim Betriebsdirektor Markhold die Kündigung rückgängig zu machen, indem er darauf hinwies, daß nach den Grundsätzen der Direktion wegen politischer und gewerkschaftlicher Dinge Angestellte nicht entlassen werden sollten — doch vergeblich, am 1. August erfolgte seine Entlassung.

Herr Bädermeister Polenz hat, trotz aller angewendeten Mühe und Opfer, die Würde eines Stadtvertreters nicht erlangen können. Dafür aber ist — ohne sein direktes Verschulden — ein tüchtiger Arbeiter um seine Stellung gekommen.

**Schöneberg.** Mit der Durchlegung der Ebersstraße von der Magstraße nach der Hauptstraße ist bekanntlich bei den Umplanungsarbeiten in der Magstraße begonnen worden, nachdem das große, längs der Ringbahn gelegene Gelände an einen neuen Besitzer übergegangen war. Nach dem Bebauungsplan findet die Ebersstraße auf Wilmersdorfer Terrain ihre Fortsetzung in der Ringbahnstraße, so daß späterhin ein parallel zur Ringbahn laufender Straßenzug von der Kolonnenbrücke bis zum Bahnhof Halensee entstehen wird. In Wilmersdorf ist man jetzt dabei, den bereits vorhandenen östlichen Teil der Ringbahnstraße zu regulieren.

Der Ausschuss zur Vorprüfung der Gültigkeit der Stadtverordneten-Wahlen hat sich bereits mit den Einsprüchen gegen die Wahl unfres Genossen Oß in 4. Bezirk beschäftigt, aber noch keinen Beschluß gefaßt, die Angelegenheit vielmehr dem Magistrat zum Zwecke von Erhebungen, Zeugenvernehmungen usw. übergeben. Jedensfalls aber dürften die Herren Protetler mit einem kläglichen Fiasko abschneiden.

**Neu-Weißensee.** Bekanntlich wurde die von dem hiesigen sozialdemokratischen Wahlverein unterm 10. Juni einberufene Versammlung von dem überwachenden Beamten aufgelöst, weil im Saale einige Frauen anwesend waren. Die vom Vorsitzenden geführte Beschwerde ist dem Landrat zurückgewiesen und der Bescheid lautete:

Ihre Beschwerde vom 10. Juni d. J. betreffend die Auflösung einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in Neu-Weißensee, vermag ich als begründet nicht anzuerkennen. Anlässlich der vom 10. Juni d. J. nach dem Vereinshause, Charlottenburgerstr. 150 dorthin einberufenen Versammlung des vorbezeichneten Vereins befanden sich in dem Versammlungsraum auch mehrere Frauen, welche räumlich durch eine Leine von den an der Versammlung teilnehmenden Männern getrennt waren. Da der Aufforderung des überwachenden Gendarmen, die Frauen aus dem Versammlungsraum zu entfernen, nicht Folge geleistet wurde, löste der Gendarm auf Grund der ihm nach § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1880 zustehenden Verfügung die Versammlung auf.

Die Abgrenzung des Zusammenkommens durch eine Schnur (Leine) in dem Versammlungsraum selbst ist als eine ausreichende räumliche Trennung nicht zu erachten, da den Frauen durch eine derartige Abgrenzung im Versammlungsraum und in unmittelbarer Nähe der Männer nicht die Möglichkeit genommen wird, sich aktiv an den Verhandlungen zu beteiligen. Selbstverständlich geben sich die Genossen mit diesem Bescheid noch nicht zufrieden und werden die Beschwerde höherer Orts weiter geben. Dann werden die Genossen wohl erst erfahren, wie weit sie sich von ihren Frauen zu trennen haben, wenn sie mit denselben Versammlungen besuchen.

Die Einwohnerzahl des hiesigen Ortes betrug Ende Mai 32 729 Personen. Der Zugang (inkl. Geburten) pro Juni und Juli betrug 1021 Personen. Der Wegzug (inkl. Sterbefälle) betrug 960 Personen, mithin ein Mehr von 61. Die Einwohnerzahl beträgt Ende Juli 32 790 Personen. Umzüge fanden während dieser Zeit 282 statt.

**Selbstmord** verübte die Ehefrau des Arbeiters Hund in der Nacht zum Montag. Nach vorausgehenden heftigen Jähzügen stürzte sie die Unglückliche aus dem Fenster der gemeinsamen Wohnung im vierten Stock des Hauses Kronprinzenstr. 33 auf den asphaltierten Hof und blieb dort mit gebrochenen Beinen und zerschmettertem Schädel liegen. Der Tod muß auf der Stelle eingetreten sein. Die Gerüchte von einem Mord, der an der Frau verübt sein soll, sind wohl auf leeres Gerede zurückzuführen. Der Ehemann befindet sich auf freiem Fuß.

**Ueber einen Gendarmenmangel** in Vereiche des 8. Armeekorps klagen die bürgerlichen Blätter. In der That sind eine Reihe Gendarmenposten zum Teil gar nicht, zum Teil schwächer besetzt. Untreue oder aber stellen fest, daß unter diesem Mangel noch nicht eine — Arbeiterversammlung zu leiden hatte.

**Köpenick.** Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß in der letzten Sitzung einstimmig die Errichtung einer eigenen elektrischen Centrale, Fortführung der Straßenbahn nach dem Bahnhof Spindlerfeld und der Kolonie Wendenschloß, sowie Einführung des elektrischen Betriebes auf der ganzen Strecke und bewilligte hierzu die Summe von 800 000 M.

### Vermishtes.

**Ueber Millionen-Unterschlagungen** in einer ungarischen Kommune wird einem Berliner Blatt gemeldet: Der vom Minister des Innern zur Revision der Finanzverwaltung von Theresiopel (Szabadia) entsandte Kommissar machte recht traurige Feststellungen: An zwei Millionen Kronen städtischer Gelder waren einfach verschwunden, eine dreimal so große Summe hatte man ohne jede Vollmacht verausgabt. In den Hauptbüchern entdeckte man Fälschungen, die viele Jahre zurückdatieren. Die sehr beträchtlichen Einnahmen der etwa 80 000 Einwohner zählenden Stadt flossen nicht in die Kommunalkasse, sondern wurden von den Kassenbeamten unterzogen. Aber nicht nur diese sind an den Defraudationen schuldig, sondern an den Veruntreuungen beteiligten sich ohne Ausnahme sämtliche Beamte, vom Bürgermeister bis zum geringsten Angestellten hinab; gegen sie alle ist nun eine strafrechtliche Untersuchung eingeleitet worden.

**Zwei Strafen niedergebracht.** Am Dienstag brach in Lame bei Welsch Feuer aus, durch das 18 Magazine zerstört wurden. Zwei Strafen brannten nieder. Viele andre Gebäude wurden beschädigt. Verluste an Menschenleben sind nicht zu bezagen. Der Schaden wird auf eine halbe Million Wd. Schätz.

**Erfäusster Schacht.** Prag, 5. August. In dem Marienschachte bei Oberleutensdorf ereignete sich gestern ein großer Wassereinbruch. Die aus 76 Mann bestehende Belegschaft wurde bis auf einen Häuer gerettet. Das Wasser steht 80 Centimeter über der Fallrohre.

**Erdbeben.** In der Nacht zum Dienstag fand in Genoa ein etwa drei Sekunden lang währendes Erdbeben statt. In Pisa verspürte man ebenfalls unter leisem Geräusch Erderschütterungen. Schaden ist nicht angerichtet worden. — Auch in Leiria (Portugal) wurden zwei heftige Erdstöße beobachtet.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

**M. H. Kronenstraße.** Wann das 10. Deutsche Bundesfesten war? Im Jahre 1890! Die Frage ist in den letzten Monaten und Wochen bereits unzählige Male an und geklärt und von uns beantwortet worden.

**Charlottenburg 100.** Die Einwohnerzahl Berlins war im Jahre 1866 am Tag der Gründung 65 677, am Jahresende 66 532.

**Nr. 1.** Ein preussischer Morgen hat 180 Quadratruten. Eine preussische (rheinische) Quadratruote hat reichlich 14 Quadratmeter. Eine preussische (rheinische) Rute als Längemaß hat rund 3/4 Meter. — Hypothek heißt die Unterpfandung über ein Kapital, das auf ein Grundstück gethan ist. Dielei Pfandkapitalen werden in ein vom Gericht geführtes Register eingetragen. Nach der Reihenfolge der Eintragung werden die Hypothekentapitalien bei einer eventuellen Substantation voll befriedigt, also die erste Hypothek zuerst, dann die zweite usw., bis alle bezahlt sind oder — das Geld alle ist.

**Nr. 2.** In zwei Jahren vom Ablauf des Jahres 1902, in dem die Reichshuld entstanden oder anerkannt ist, verjährt die Schuld. — **Nr. 3.** 1. u. 2. Rein. — **Nr. 4.** 1. Rein. 2. Etwa drei bis vier Wochen. 3. Das können Sie mit dem Standesbeamten vereinbaren. — **Nr. 5.** 1. Ja. 2. Rein. 3. Sozial und bekannt, ist es wohl dieser Sohn. — **Nr. 6.** 1. Sie haben mindestens alljährlich 20 Mark (welche Höhe ist gleich) zu zahlen, um Ihre Rechte nicht zu verlieren. 2. Um 7 Uhr. — **Nr. 7.** Die Arbeiter haben Anspruch auf einen entsprechenden Teil des Lebensversicherungsgeldes. — **Nr. 8.** Waers. Jeder entspricht die Entscheidung des Obergerichtes. Gegen dieselbe Rehe sich nicht anrufen. — **Nr. 9.** 1. Er würde ein Urteil erlassen werden. 2. Nach Ihrer Darstellung müßten Sie mindestens in Höhe von 24 M. verurteilt werden. 3. Ob eine Strafanzeige, die Ihnen jederzeit freisteht, Erfolg haben würde, läßt sich nicht vorherzagen. — **Nr. 10.** Eine Zahlungspflicht besteht nicht, wohl aber wird auf Grund eines Nebeneinkommens zwischen der Kasse und der Versicherungsanstalt ein Teil gezahlt. — **Nr. 11.** Wenn sich die Sache so verhält wie Sie sie schildern, dann würde eine große Unterschlagung und Untreue vorliegen. Wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht oder an die Staatsanwaltschaft. — **Nr. 12.** Am 1. Januar 1903. — **Nr. 13.** Rein. — **Nr. 14.** Der Verletzte soll schleunigst bei dem Vorstand der Versicherungsanstalt Zahlung der Rente begehren und, falls er das gethan, auf Antwort nicht erhalten hat, sich beim Reichs-Versicherungsamt beschweren. — **Nr. 15.** Zunächst müßten Sie einen Kostenfestsetzungs-Beschluß beim Gericht erwirken (Beispiel S. 437, Nr. 78) und in den öffentlichen Verzeichnissen ausliefern (Arbeiterrecht). Dann übertragen Sie die Sache dem Gerichtsbevollmächtigten des Bezirks, in dem der Beklagte wohnt. — **Nr. 16.** Rein. — **Nr. 17.** Die Kasse ist zu verklagen, zunächst ist der Magistrat Straßenerstr. 3-5, — **Nr. 18.** 100. Wenn Beweisaufnahme stattgefunden und ein Urteil ergeht, etwa 100 M.

**Witterungsüberblick vom 5. August 1902, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolkent bedeckung	Temper. in C.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolkent bedeckung	Temper. in C.
Stolpe	759	SW	2 bedeckt	15	Papardoba	700	D	4 Regen	11
Hennsburg	759	SW	2 wolkig	14	Hennsburg	700	SW	—	—
Berlin	760	SW	— Regen	14	Gert	700	SW	3 wolkig	14
Kronf./M.	760	SW	— bedeckt	15	Aberdeen	—	—	—	—
München	763	S	1 bedeckt	16	Paris	701	S	2 bedeckt	13
Wien	762	SW	— Dunst	17					

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 6. August 1902.

Zunächst aufklarend, am Tage wärmer bei mäßigen südöstlichen Winden; später neue Trübung und etwas Regen.  
Berliner Wetterbureau.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Osten.) Todes-Anzeige.**  
Nach langen schweren Leiden starb unter langjährigem Mitglied, der Töchter  
**Paul Niebel.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von dem städtischen Krankenhaus (Friedrichshagen) nach dem Gemeinde-Friedhof in Friedrichshagen statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
243/19 Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege  
**Paul Niebel**  
(Töchter) am 3. d. Mts. verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshagen nach dem Central-Friedhof in Friedrichshagen statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
87/4 Die Ortsverwaltung.

Am 3. d. Mts. entschlief nach langem Leiden unsere Mutter, Groß- und Schwiegermutter, die Witwe  
**Agnes Schwarz geb. Ortlieb.**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 2 Uhr, von der Halle des St. Thomas-Kirchhofs, Hermannstraße, statt. Um stille Teilnahme bitten  
**Die Hinterbliebenen.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Mutter, die Witwe  
**Adelheid Barann**  
am Sonntag früh 5 1/2 Uhr nach langem Leiden sanft entschliefen ist.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Widoel-Kirchhofs, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Der trauernde Sohn  
**Adolf Barann.**  
47593

**Sozialdemokratischer Wahlverein von Brigg.**  
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied Genosse  
**Wilhelm Köhler**  
am Montag, den 4. August, im Alter von nahezu 31 Jahren nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 6 1/2 Uhr vom Trauerhause Brigg, Chaussee 80, aus, nach dem Brigger Gemeindefriedhof statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
12908 Der Vorstand.

**Arbeiter-Gejangverein „Brigg“.**  
Allen Bekannten hierdurch zur Nachricht, daß unser Gesangsbruder  
**Wilhelm Köhler**  
am Montag, den 4. August, im 31. Lebensjahre an der Polterierkrankheit verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 6 1/2 Uhr vom Trauerhause Brigg, Chaussee 80, aus, nach dem Brigger Gemeindefriedhof statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
12908 Der Vorstand.

**Danklagung.**  
Für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, des Zimmermanns **Karl Müller**, lagen wir allen Freunden, Genossen und Bekannten, insbesondere dem Gejangverein der Entenbau, unsern herzlichsten Dank.  
13928  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Danklagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme und zahlreichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters  
**Karl Latze**  
sagen wir allen Freunden und Kollegen, sowie den Genossen des 6. Wahlkreises, den Arbeitern und den Verbandskollegen Billale La, dem Kandidat „Grade aus“ und dem „Arbeiter-Randverband“ unsern herzlichsten Dank.  
Die trauernde Witwe  
Auguste Latze nebst Kindern.

